

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)		
M001	10	Verw.-vorschlag		Senkung Kosten politische Steuerung	Ab der nächsten Wahlperiode 2014 werden die Bezirksvertretungen von 5 auf 3 reduziert. Zusätzlich wird die Zahl der Ausschüsse (zurzeit 12 ohne Stadtrat) reduziert. Damit wird dem Hinweis der Gemeindeprüfungsanstalt aus dem Jahr 2008 Rechnung getragen.	0	0	0	0	75.000					1.251	93%	7%	278	96%	4%	X	X
M001	10	BV Wald	Empfehlung	Senkung Kosten politische Steuerung	Die Bezirksvertretung Wald spricht sich im Sinne der Bürgernähe für den Erhalt der Bezirksvertretung Wald als eigenständige Bezirksvertretung aus.																	
M001	10	SPD B90/Grüne BIS	Anpassung der Maßnahme	Senkung Kosten politische Steuerung	Die Erfüllung dieser Einsparsumme soll anders als von der Verwaltung vorgeschlagen durch einen interfraktionellen Konsens erzielt werden. Inhalt dieser Maßnahme könnten u.a. die Reduzierung der Fraktionszuwendungen um 5% und ein Ausbau von E-Government für den Rat und seine Gremien sein.	0	50.000	50.000	75.000	75.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP								
M001	10	FDP	Anpassung der Maßnahme	Senkung Kosten politische Steuerung	mdl. in FA-Klausur: a) Reduzierung Bezirksvertretungen von 5 auf 4; b) Reduzierung Fraktionszuschüsse um 10%		63.000	63.000	63.000	138.000	erledigt durch weitergehenden Antrag		abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)									
M002	10	Verw.-vorschlag		Zentralisierung Sitzungsdienst	Zusammenführung Büro des Rates mit der Zentralen Bezirksverwaltungsstelle und Zentralisierung aller sitzungsvor- und -nachbereitenden Arbeiten (z. B. Einladungen koordinieren, Protokollierung, Organisation und Teilnahme an Sitzung)	0	85.000	85.000	85.000	85.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv								
M003	10	Verw.-vorschlag		Standardabsenkung Ressortkoordinierungen	Reduzierung von Stellen der Ressortkoordination durch optimierte Aufgabenwahrnehmung unter der Voraussetzung der geltenden Ressortstruktur	100.000	160.000	160.000	160.000	160.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv								
M003	10	CDU	Streichung der Maßnahme	Standardabsenkung Ressortkoordinierungen		0	0	0	0	0	mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, FDP										
M004	10	Verw.-vorschlag		Leistungsreduzierung Städtepartnerschaften	Für die Betreuung der bestehenden Städtepartnerschaften hat die Stadt Solingen bisher eigenes Personal für Dolmetscherleistungen vorgehalten. Künftig sollen solche Dolmetschertätigkeiten extern beauftragt werden. Auf die finanzielle Beteiligung bei Bürgerfahrten soll verzichtet werden.	0	0	40.000	40.000	40.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv	1.396	91%	9%	275	92%	8%		
M005	10	Verw.-vorschlag		Standardüberprüfung Pressestelle und Büro des Rates	Einkauf von DBSG-Serviceleistungen (Sitzungsbetreuung) unter Personalreduzierung im Büro des Rates	0	10.000	10.000	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv								
M006	10	Verw.-vorschlag		Optimierung der Stadtwerbung	Reduzierung Dienstleistungsentgelt an die Wirtschaftsförderung und damit Absenkung der Umsatzsteuerbelastung durch Rückführung von Aufgaben der Stadtwerbung von der Wirtschaftsförderung in die Verwaltung	0	50.000	50.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv								
M007	10	Verw.-vorschlag		Leistungsausweitung der Pressestelle	Die Pressestelle soll künftig unter entsprechender Rechnungstellung auch verstärkt Leistungen für die Betriebe TBSG und EBS übernehmen (analog DBSG).	0	10.000	10.000	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv								
M008	10-4	Verw.-vorschlag		Neuausrichtung Projektarbeit bei der Stadtentwicklung	Im Rahmen der Stadtentwicklung fördert das Land NRW Projekte wie z. B. Korkenziehertrasse, Brückenpark. Die Stadt Solingen muss dabei zur Finanzierung aber auch eigene Mittel bereitstellen (Eigenanteile). Künftig sollen neue Projekte nur dann begonnen werden, wenn Eigenkapital vorhanden ist oder durch Dritte ersetzt wird.	0	50.000	50.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv	1.223	89%	11%	271	75%	25%		
M009	10-4	Verw.-vorschlag		Strukturveränderung in der Zusammenarbeit	Personalreduzierung durch strukturell veränderte Zusammenarbeit von Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung und Sanierungsgesellschaft; z. B. in den Bereichen a) EU-Mittel b) Standortmarketing c) Stadtmarketing	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv								
M010	10-4	Verw.-vorschlag		Reduzierung der städt. Beteiligung an Veranstaltungen und Events	Bisher werden Veranstaltungen und Events durch städt. Personal begleitet (z. B. City-Fest, Ab in die Mitte). Diese Beteiligung soll künftig reduziert werden.	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv	1.298	78%	22%	278	73%	27%		
M011	10-4	Verw.-vorschlag		Streichung Zuschuss Regionalbüro	Übertragung der Aufgaben in die Bergische Entwicklungsagentur	0	6.000	6.000	6.000	6.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv								
M012	10-4	Verw.-vorschlag		Verzicht auf Beteiligung am Regionalbüro	Übertragung der Aufgaben in die Bergische Entwicklungsagentur	0	10.000	10.000	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv								
M013	10-4	Verw.-vorschlag		Reduzierung Zuschuss City-Management	Die Stadt unterstützt den Initiativkreis "City-Management e.V." bisher mit einem jährlichen Zuschuss von 34.000 EUR. Dieser Zuschuss soll künftig reduziert werden	0	0	0	5.000	5.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv	1.235	89%	11%	274	78%	22%		

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M014	11-0	Verw.-vorschlag		Kündigung von Mitgliedschaften	Überprüfung und Kündigung von Mitgliedschaften (z. B. KDN, Rat der Gemeinden Europas) bei Fortbestand der zentralen Netzwerke "Städetag" und "KGS!"	3.000	3.000	50.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv									
M015	11-0	Verw.-vorschlag		Harmonisierung der Organisationsstruktur	Wegfall anteiliger Leitungs- und Assistenzstellen bei Zusammenlegung von Organisationsbereichen	0	145.000	290.000	500.000	500.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv									
M016	11-0	Verw.-vorschlag		Kürzung der Fachliteratur	Überprüfung bzw. Kündigung aller bestehenden Fachliteratur-Abonnements	0	100.000	100.000	100.000	100.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv									
M017	11-0	Verw.-vorschlag		Verlagerung Post- und Botendienst zum DBSG	Der bisherige Post- und Botendienst (Poststelle) soll organisatorisch zum DBSG verlagert werden. Hierdurch ergeben sich Synergieeffekte in Höhe von einer Stelle.	0	50.000	50.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv									
M018	11-0	Verw.-vorschlag		Optimierung Telearbeit	Zulassen von Telearbeit jedweder Art mit weiteren 50 Büro-Arbeitsplätzen; Umsetzungsmöglichkeiten z. B. Ausbau alternierender Telearbeit mit "Shared Office" oder komplette "Heim"Arbeit (Potentialschätzung: 50 x rd. 2.500 EUR)	0	50.000	100.000	125.000	125.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv									
M019	11-0	Verw.-vorschlag		Optimierung Fahrbereitschaft	Umsetzungsmöglichkeiten z. B. Reduzierung Fahrten zwischen den Verwaltungsgebäuden durch Fahrdienst; Übertragung Eigentum aller Kfz auf EBS	0	10.000	10.000	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv									
M020	11-0	Verw.-vorschlag		Optimierung Beschaffung "Feuerwehr"	Beschaffung von Feuerwehrbedarf durch den SD 37 im Verbund mit anderen Feuerwehren oder durch Private; dadurch Stellenreduzierung bei Feuerwehr	0	25.000	25.000	25.000	25.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv									
M021	11-0	Verw.-vorschlag		Zentralisierung Beschaffungs- und Buchungsgeschäft Schulen	Reduzierung des Beschaffungs- und Buchungsaufwandes für Schulen ("Kompetenzcenter Schulverwaltung"); Bedarfsbündelung	0	0	50.000	100.000	100.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv									
M022	11-0	Verw.-vorschlag		Neuorganisation Führerscheinstelle	Durch eine Neuorganisation der Führerscheinstelle kann eine Stelle eingespart werden	0	50.000	50.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv									
M023	11-0	Verw.-vorschlag		Neuorganisation des gesamten Theaterkartenverkaufs	Zukünftig wird es möglich sein, auch über das Internet Karten für Veranstaltungen im Theater und Konzerthaus zu bestellen bzw. zu kaufen. Im Bürgerbüro können derzeit schon Karten gekauft werden. Als Sparmaßnahme ist daher vorgesehen, die Theaterkasse am Theater und Konzerthaus tagsüber zu schließen. Es bleibt sichergestellt, dass jeweils 1 Stunde vor den jeweiligen Veranstaltungen die Kasse besetzt ist.	0	62.000	62.000	62.000	62.000			mehrheitlich angenommen	CDU, SG-Aktiv									
M024	11-0	Verw.-vorschlag		Bedarfsgerechte Anpassung freiwilliger Zuschüsse	Die Aufforderung der Bezirksregierung, zunehmend freiwillige Leistungen zu prüfen und sukzessive zurückzuführen, soll umgesetzt werden (Gesamtvolumen mit unterschiedlicher rechtlicher Grundlage rd. 6 Mio. EUR).	0	100.000	100.000	100.000	100.000					1.294	86%	14%	253	86%	14%		X	
M024	11-0	SPD B90/Grüne BIS	Streichung der Maßnahme	Bedarfsgerechte Anpassung freiwilliger Zuschüsse	Anm.: mehrheitliche Zustimmung des Jugendhilfeausschusses	0	0	0	0	0			mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	keine Abstimmung, da lt. FA-Beschluss gestrichen								
M024	11-0	CDU	Anpassung der Maßnahme	Bedarfsgerechte Anpassung freiwilliger Zuschüsse	Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Vorbereitung des HSK 2011 folgendes zu überprüfen: 1. Welche Angebotsdopplungen bzw. Mehrfachförderungen vergleichbarer Angebote bestehen derzeit im Bereich der freiwilligen Zuschüsse? 2. Wo und inwieweit ließe sich eine Reduzierung des Zuschussbetrages unter Beibehalt des Dienstleistungsangebotes erbringen?	0	100.000	100.000	100.000	100.000			erledigt durch weitergehenden Antrag										
M024		CDU FDP	Wiederaufnahme der Maßnahme	Bedarfsgerechte Anpassung freiwilliger Zuschüsse	Die Maßnahme ist nach dem Beschluss des Finanzausschusses vom 05.07.2010 aus dem HSK gestrichen worden. Sie ist einschl. der seinerzeitigen Einsparvorgaben wieder in das HSK aufzunehmen, da diese Maßnahme Öffentlichkeit und Bezirksregierung demonstriert, dass kein Bereich von Sparmaßnahmen ausgenommen wird. Insoweit wird ausdrücklich auf die Etatverfügungen der Bezirksregierung verwiesen. Gleichzeitig ist die Maßnahme - auch aus Sicht der Beteiligten - verträglich, stellt keine wichtigen Angebote in Frage und ist Ausdruck der Solidarität beim Sparen	0	100.000	100.000	100.000	100.000			abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)										
M025	11-0	Verw.-vorschlag		Neuorganisation Betriebssicherheit/Arbeitsmedizin	Rückführung der Aufgaben vom Klinikum in die Verwaltung; dadurch Wegfall der Umsatzsteuerpflicht	0	30.000	30.000	30.000	30.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M026	11-0	Verw.-vorschlag		Sonderurlaub statt Sonderzuwendung	Vermehrtes Gewähren von unbezahlemten Urlaub (Potentialschätzung: 25 Mitarbeiter à 1.000 EUR)	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M027	11-0	Verw.-vorschlag		Maßnahmen (Experimentierklausel) nach dem Standardbefreiungs-Gesetz NRW (2006)	Nach dem Standardbefreiungsgesetz NRW können die bisher geforderten Standards für kommunale Planungen z. T. reduziert werden (Schulentwicklungsplan, Jugendhilfeplanung, Pflegeplan, Altenhilfeplan, Landschaftsplan, usw.).	0	50.000	50.000	100.000	100.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SGaktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M028	11-0	Verw.-vorschlag		Optimierung SAP-Betrieb	Alternative 1: Reduzierung Dienstleistungsaufwand civitec lt. Potentialschätzung Alternative 2: Senkung der eigenen Service-Level-Leistungen lt. Potentialschätzung	0	130.000	260.000	260.000	260.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M029	11-1	Verw.-vorschlag		Erstellung u. Umsetzung Druckerkonzept	Potentialschätzung inkl. → Alt-HSK-Nr. 208 durch Vereinheitlichung Drucker-/Kopierer-Standard; Reduzierung möglichst auf Abteilungsdrucker; Netz-Integration von Druck- und Kopiersystemen	0	130.000	260.000	260.000	260.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M030	11-1	Verw.-vorschlag		Standardveränderungen der IT-Dienstleistungsvereinbarungen	Im Rahmen von Vertragsverhandlungen mit der civitec sind die Preise zu reduzieren. Rahmen der Preisreduzierung bilden die von civitec angedachten Synergie-Potentiale ab 2011. Durch zahlreiche nicht verschiebbare Investitionen (z. B. Wahlscheine, EU-DLR, Service-Center usw.) erhöht sich für 2010 der Budgetbedarf einmalig um 250 TEUR	-250.000	250.000	250.000	250.000	250.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M031	11-1	Verw.-vorschlag		Verstärkte Standardisierung im Bereich IT / Telefonie / Internet	Prozessoptimierung	0	61.000	61.000	61.000	61.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M032	11-1	Verw.-vorschlag		Optimierung Telefonie nach Ausschreibung	Aufgrund des technologischen Fortschritts wird nach einer Neuausschreibung der Telefonanlage in 2011 mit deutlichen Preissenkungen gerechnet.	0	25.000	50.000	75.000	75.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M033	11-1	Verw.-vorschlag		Teilaufgabe von Prozessen im Bereich strategische Steuerung	Durch Verlagerung von Aufgaben (EU-Aufgaben), Wegfall Betreuungsaufgaben in der strategischen Steuerung und Arbeitsverdichtung ist eine Stellenreduzierung möglich.	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M034	11-1	Verw.-vorschlag		Globaleinsparung "IT-Basisarbeitsplätze"	Durch die im Rahmen des HSK erwarteten Stellenreduzierungen kann die Zahl der Arbeitsplatzrechner entsprechend reduziert werden (Annahme: Wegfall von 110 PC bis 2013 à 3.800 EUR jährlich)	0	114.000	266.000	418.000	418.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M035	11-2	Verw.-vorschlag		Optimierung Personalservicedienst	Potentiale durch z. B. Fremdvergabe Beihilfeabwicklung; Gemeinsame bergische Personalservices	0	0	150.000	255.000	255.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M036	11-2	Verw.-vorschlag		Veränderte Wahrnehmung von Personalmanagementaufgaben und Anpassung Organisationsentwicklungsprozessen (OEP)	Das Potential (eine Stelle) soll durch Aufgabenverlagerung, Arbeitsverdichtung und -optimierung erreicht werden.	106.000	106.000	106.000	106.000	106.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M037	11-2	Verw.-vorschlag		Absenkung Besoldungsniveau Beamte	Anwendung z.B. des KGSi-Bewertungsmodells; Strukturelle Einsparung auf 30 Jahre insg. 1,5 Mio EUR	50.000	100.000	150.000	200.000	250.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M038	11-2	Verw.-vorschlag		Optimierte StUER-Abwicklung durch Aufbau eines Personaleinsatzmanagements (PEM)	Durch ein effizientes Personaleinsatzmanagement sollen die bisher in der Stellen- und Einsatzreserve (StUER) geführten Stellen kontinuierlich abgebaut werden: a) im eigenen Dienst (1,50 Stellen) b) aus VBS-Projekt (3,50 Stellen) c) allg. StUER (derzeit rd. 30 Stellen)	0	50.000	447.000	583.000	583.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M039	14	Verw.-vorschlag		Wegfall der Aufgabe "Innenrevision für Betriebe"	Stellenreduzierung durch Aufgabenwegfall; die Maßnahme wurde bereits zum 01.04.2009 umgesetzt, haushaltstechnisch allerdings noch nicht vollzogen	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M040	14	Verw.-vorschlag		Wegfall der Aufgabe "IT-Verfahrensprüfungen"	Stellenreduzierung durch Aufgabenwegfall; die Umsetzung kann in 2013 erfolgen	0	0	0	75.000	75.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M041	14	Verw.-vorschlag		Reduzierung des Prüfungsumfanges "Prüfung Finanzbuchhaltung"	Stellenreduzierung durch Aufgabenverdichtung im Bereich der unterjährigen Prüfung Fibu/Rechnungswesen sowie der Prüfung des Jahresabschlusses gem. § 103 Abs. 1 Ziffer 1 GO (Umsetzung 01.10.2010)	15.000	67.000	67.000	67.000	67.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M042	16	Verw.-vorschlag		Personalreduzierung "Gleichstellungsstelle"	Das Potential soll durch Arbeitsverdichtung erreicht werden.	0	37.000	37.000	37.000	37.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M043	17	Verw.-vorschlag		Absenkung des Freistellungsumfanges "Schwerbehinderten-Vertretung"	Überprüfung des Freistellungsanteiles "Schwerbehindertenvertretung" mit Eintritt des Stelleninhabers in den Ruhestand (07/2012)	0	0	6.500	13.000	13.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M044	17	Verw.-vorschlag		Absenkung des Freistellungsumfanges "Personalrat"	Reduzierter Stellenanteil für nicht freigestellte PR-Mitglieder; ab der Wahl 2012 wird in Folge des Rechtsformwechsels bei den Altenzentren nach dem LPVG eine Freistellung weniger notwendig (Unterschreitung der Mitarbeitergrenze).	0	0	25.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M045	18	Verw.-vorschlag		Optimierung Aufbau-/Ablauforganisation	Personalreduzierung durch die Optimierung von Arbeitsabläufen in der Druckerei, bei Mehrkosten durch die Neubewertung	0	0	12.000	34.000	34.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M046	18	Verw.-vorschlag		Reduzierung von Sachkosten	Eine Änderung der Maschinenausstattung führt zu einer Reduzierung von Sachkosten (Mietkosten für Geräte) um ca. 25 TEUR; neue Mietverträge 2011	0	25.000	25.000	25.000	25.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegenstimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegenstimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M047	20	Verw.-vorschlag		Neuausrichtung des SD 20 (allg. Organisation)	Stellenreduzierungen und organisatorische Umstrukturierung (→ s. HuKA-Beschluss von 09/2009); die organisatorischen Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, haushaltsmäßig aber noch nicht vollzogen.	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M048	20	Verw.-vorschlag		Reduzierung Gutachten (Gesamtverwaltung)	Reduzierung von externen Gutachten in der Gesamtverwaltung (bisheriges Volumen rd. 200 TEUR)	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M049	20	Verw.-vorschlag		Anpassung der Neuverschuldung	Anpassung an die Vorgaben des HSK-Erlasses des Innenministeriums sowie Verwendung der Verkaufserlöse für Tilgung der Investitionskredite	600.000	800.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M050	21	Verw.-vorschlag		Neuausrichtung des SD 21 aufgrund Organisationsuntersuchung	Die Umsetzung der im Jahr 2009 durchgeführten Organisationsuntersuchung ist für 2010 geplant; die Ergebnisse wurden bisher haushaltstechnisch noch nicht vollzogen.	60.000	233.000	233.000	331.000	331.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M051	22	Verw.-vorschlag		Einführung "Sexsteuer" (Vergnügungssteuer)	Die Sexsteuer gibt es in Solingen noch nicht; sie wird in anderen Kommunen (z. B. Köln) jedoch bereits erhoben. Sie ist eine spezielle Art der Vergnügungssteuer und wird z. B. für die gezielte Einräumung der Gelegenheit zu sexuellen Vergnügungen in Bars, Sauna-, FKK- und Swingerclubs oder Kraftfahrzeugen erhoben (Besteuerung von "gewerblichem Sex"). Vor der erstmaligen Erhebung der Steuer ist eine Genehmigung des Innenministeriums NRW einzuholen.	0	20.000	20.000	20.000	20.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.507	88%	12%	270	89%	11%			
M052	22	Verw.-vorschlag		Erhöhung Grundsteuer A	Der seit 1995 unveränderte Steuersatz für die Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe) liegt derzeit bei 205 Hebesatzpunkten. Vorgesehen ist eine Erhöhung in 2011 um 50 Punkte (rd. 20%).	0	10.000	10.000	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.223	38%	62%	267	45%	55%	X		
M052	22	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Erhöhung Grundsteuer A								einstimmig abgelehnt											
M053	22	Verw.-vorschlag		Erhöhung Grundsteuer B	Der seit 1995 nicht erhöhte Steuersatz für die Grundsteuer B (Grundstücke) liegt derzeit bei 490 Hebesatzpunkten. Vorgesehen ist eine Erhöhung in 2011 um 100 Punkte (rd. 20%). Die Erhöhung trifft alle Gewerbetreibenden, Grundeigentümer und Mieter, da sie einen Teil der Nebenkosten darstellen.	0	5.200.000	5.200.000	5.200.000	5.200.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.838	27%	73%	271	35%	65%	X		
M053	22	DIE LINKE	Streichung der Maßnahme	Erhöhung Grundsteuer B	Die vorgesehene Maßnahme führt zu einer Mehrbelastung für Mieter, Gewerbetreibende und Grundstückseigentümer.	0	0	0	0	0		mehrheitlich abgelehnt	LINKE										
M053	22	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Erhöhung Grundsteuer B	Die vorgesehene Maßnahme führt zu einer Mehrbelastung für Mieter, Gewerbetreibende und Grundstückseigentümer.	0	0	0	0	0		s. Antrag DIE LINKE		abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)									
M054	22	Verw.-vorschlag		Erhöhung Gewerbesteuer	Bei der Gewerbesteuer handelt es sich um eine Steuer, die Unternehmen in Abhängigkeit vom erzielten Gewinn zahlen müssen. Der Solinger Gewerbesteuersatz liegt derzeit bei 450 Hebesatzpunkten. Vorgesehen ist eine Erhöhung ab 2012 um 25 Punkte; dies entspricht einer Erhöhung um rd. 6%.	0	0	5.000.000	5.400.000	5.400.000						2.020	33%	67%	266	42%	58%	X	
M054	22	SG-Aktiv	Anpassung der Maßnahme	Erhöhung Gewerbesteuer	Anhebung des Gewerbesteuersatzes 1. auf 490 Hebesatzpunkte (statt wie geplant 475) 2. ab 2011, nicht erst wie geplant ab 2012.		8.000.000	8.000.000	8.640.000	8.640.000			einstimmig abgelehnt		abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)								
M054	22	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Erhöhung Gewerbesteuer	Erhöhung des Satzes um 10%-Punkte in 2011 bei Beibehaltung der Ansätze für 2012ff..	0	2.000.000	5.000.000	5.400.000	5.400.000			mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP, OB							Nichtmitwirkung: SG-Aktiv
M054	22	CDU FDP	Wiederaufnahme der Maßnahme	Erhöhung Gewerbesteuer	Die Maßnahme wurde im Finanzausschuss geändert. Die HSK-Vorgaben aus dem Verwaltungsentwurf sind wiederherzustellen, da eine vorgezogene Einnahmeverbesserung bei entsprechenden Einsparbemühungen auf der Ausgabenseite vermeidbar ist und die wirtschaftliche Situation der Unternehmen, die sich langsam der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit entwinden, über Gebühr belastet	0	0	5.000.000	5.400.000	5.400.000					abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)								
M055	22	Verw.-vorschlag		Personalentwicklung im Bereich Gewerbesteuer	Durch veränderte Anforderungen und angepasste Qualifizierung kann in der Gewerbesteuerabteilung saldiert eine halbe Stelle eingespart werden.	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M056	22	Verw.-vorschlag		Verstärkte Teilnahme an Betriebsprüfungen	Die Stadt Solingen hat das bisher nicht wahrgenommene Recht, Betriebsprüfungen gemeinsam mit dem Finanzamt durchzuführen. Dadurch wird die Position der Stadt Solingen bei der Festlegung des Betriebsstättenortes gestärkt. Dies führt zu einer Erhöhung der Gewerbesteuererinnahmen.	0	20.000	170.000	170.000	170.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag		
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)				
M057	22	Verw.-vorschlag		Vorziehen von Haftungsbescheiden (Vermeidung von Sollabgängen) ab 2011	Verbesserte Zahlungsaussichten durch organisatorische Veränderungen und frühzeitigeres Erstellen von Haftungsbescheiden	0	40.000	40.000	40.000	40.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M058	22	Verw.-vorschlag		Rückführung der Bearbeitung der Grundsteuer vom EBS in den SD Steuern und Dauerbescheid ab 2012	Derzeit werden die Grundsteuerbescheide einschließlich der sonstigen Grundabgaben (z.B. Abfallbeseitigungsgebühren u.a.) jährlich vom EBS gefertigt. Der SD 22 bietet an, die Grundsteuern zu einem geringeren Aufwand als die EBS zu bearbeiten. Hierbei werden die Grundsteuerbescheide nur neu erlassen, wenn sich Änderungen ergeben.	0	0	30.000	30.000	30.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M059	22	Verw.-vorschlag		Erhöhung der Hundesteuer	Maßnahme aus Alt-HSK 190 wurde bereits realisiert und im Ergebnis 2009 übertroffen (Anpassung der Vorgabe v. 120 TEUR auf 175 TEUR)	175.000	175.000	175.000	175.000	175.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M060	22	Verw.-vorschlag		Erneute Erhöhung der Hundesteuer	Die Hundesteuer wurde bereits 2009 erhöht. Dadurch konnte eine Haushaltsentlastung von rd. 175.000 EUR erreicht werden. Für 2011 ist eine weitere Erhöhung vorgesehen (rd. 19 EUR je Hund).	0	150.000	150.000	150.000	150.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	977	71%	29%	280	78%	23%				
M060	22	DIE LINKE	Streichung der Maßnahme	Erneute Erhöhung der Hundesteuer	Nachdem die Hundesteuer bereits in 2009 gravierend erhöht wurde, ist eine erneute Erhöhung unverträglich.	0	0	0	0	0	mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, CDU, FDP												
M061	22	Verw.-vorschlag		Erhöhung Automatensteuer	Bei der Automatensteuer handelt es sich um eine Steuer für Apparate mit und ohne Gewinnmöglichkeit (Unterhaltungsspielgeräte), die in einer Spielhalle oder an sonstigen Orten (z. B. Schank- und Speisewirtschaften, Gastwirtschaften, Beherbergungsbetrieben, Vereins- oder Kantine(räumen) aufgestellt sind. Der Automatensteuersatz liegt - abhängig vom Standort - derzeit bei 11 -13 Prozentpunkten vom Umsatz; vorgesehen ist eine Erhöhung um 1 - 2 Prozentpunkte ab 2011.	0	70.000	70.000	70.000	70.000					1.598	97%	3%	282	95%	5%	X	X		
M061	22	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Erhöhung Automatensteuer	Erhöhung auf in der Regel 15%	0	200.000	200.000	200.000	200.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M062	22	Verw.-vorschlag		Erhöhung Vergnügungssteuer (Veranstaltungen)	Die Vergnügungssteuer wird für kommerzielle Veranstaltungen erhoben. Für Veranstaltungen, die pauschal besteuert werden, soll der bisher bei 0,8 bis 2,0 EUR pro 10 qm liegende Steuersatz erhöht werden.	0	5.000	5.000	5.000	5.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.240	75%	25%	273	71%	29%				
M063	22	Verw.-vorschlag		Erhöhung Zweitwohnungssteuersätze	Zweitwohnungen werden in Solingen zur Zeit mit 12% der Jahreskaltmiete besteuert. Vorgesehen ist eine einmalige Erhöhung um 1 Prozentpunkt ab 2011.	0	5.000	5.000	5.000	5.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.261	75%	25%	267	75%	25%				
M064	23	Verw.-vorschlag		"Maklerprovision" für EBS-Grundstücksgeschäfte	Die Unterstützung des Liegenschaftsmanagements bei der Abwicklung von Grundstücksgeschäften des EBS soll künftig gegen Entgelt erfolgen.	0	25.000	25.000	25.000	25.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M065	23	Verw.-vorschlag		Umwandlung von Grünland in Bauland (mittelfristig)	Die Stadt Solingen ist Eigentümerin von Grünlandflächen, die als langfristiges Entwicklungspotential vorgehalten werden. Durch eine vorgezogene Entwicklung zu Bauland wird eine Aufwertung der Flächen erreicht, durch die Verkaufserlöse erzielt werden können, die über den bisherigen Bilanzwerten liegen.	0	0	0	312.000	16.000					1.700	29%	71%	272	40%	60%				
M065	23	SPD B90/Grüne BfS	Streichung der Maßnahme	Umwandlung von Grünland in Bauland (mittelfristig)		0	0	0	0	0	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	keine Abstimmung, da lt. FA-Beschluss gestrichen											
M066	23	Verw.-vorschlag		Arbeitsverdichtung im Bereich Grundstücksverkehr	Durch eine Arbeitsverdichtung sollen die Stellen von 3,25 auf 2,75 reduziert werden.	0	29.000	29.000	29.000	29.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M067	23	Verw.-vorschlag		Mietzahlungen Südpark oder Aufwandsübertragung an andere	Das Dienstbudget würde durch die Mietzahlungen bzw. Aufwandsübertragungen entlastet	50.000	100.000	100.000	100.000	100.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M068	23	Verw.-vorschlag		Optimierung durch Einsatz einer neuen Software	Durch den Einsatz einer neuen Software kann in der Abt. "Verwaltung fiskalischer Grundbesitz" eine Stellenreduzierung vorgenommen werden	0	0	0	11.000	11.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M069	23	Verw.-vorschlag		Verkauf des Grundstücks Friedenstraße / Löhndorferstraße	Planungsrechtlich wäre es zulässig, das Grundstück zur Bebauung für die Einzelhandelsnutzung freizugeben. Damit könnte ein Einmalerlös erzielt werden, da der Verkaufswert über dem Bilanzwert liegen würde.	0	0	60.000	0	0			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M070	24	Verw.-vorschlag		Aufgabe Verwaltungsgebäude Gasstraße	Bis 2013 werden voraussichtlich rd. 110 Arbeitsplätze entfallen. Im Rahmen einer angepassten Gebäudestrategie mit einer Konzentration auf nur noch zwei Verwaltungsschwerpunkte (Rathaus Solingen und Verwaltungsgebäude Bonner Straße) kann dann das Verwaltungsgebäude Gasstraße aufgegeben werden.	0	0	0	270.000	270.000			mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	1.751	94%	6%	274	93%	7%				
													Enthaltung: SG Aktiv											

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag		
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)				
M070	24	BV Burg Höhscheid	Empfehlung	Aufgabe Verwaltungsgebäude Gasstraße	M070 i. V. m. M103 (Einrichtung eines zentralen Bürgerbüros): Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung sicherzustellen, dass auch zukünftig KFZ-Zulassungen im Bereich der Innen- bzw. Südstadt möglich sind.						zur Kenntnis genommen													
M071	24	Verw.-vorschlag		Gebäudebewirtschaftung - Wasser	Verbrauchssenkung	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000			mehheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M072	24	Verw.-vorschlag		Gebäudebewirtschaftung - Reinigung	Reduzierung des Reinigungsstandards in städtischen Gebäuden	370.000	370.000	370.000	370.000	370.000			mehheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M073	24	Verw.-vorschlag		Gebäudewirtschaft - Hausmeisterdienste	Reduzierung des Standards der Hausmeisterdienstleistungen in städtischen Gebäuden	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000			mehheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M074	24	Verw.-vorschlag		Aufgabe des Gebäudes Coppelstift (Psychologische Dienste)	Derzeit sind die Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche sowie die Psychologischen Dienste in dem Gebäude an der Wupperstraße untergebracht. Ab dem Jahr 2012 soll das Gebäude aufgegeben und die Einrichtung verlagert werden. Geplant ist die Überführung in eine Zustiftung mit einer Nachfolgenutzung durch Dritte unter Beibehaltung des Stiftungszwecks.	0	0	114.000	114.000	114.000			mehheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.407	61%	39%	274	78%	22%				
M074	24	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Aufgabe des Gebäudes Coppelstift (Psychologische Dienste)		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP	abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)											
M075	24	Verw.-vorschlag		Aufgabe Gebäude Burgstraße (Jugendförderung)	Im Gebäude Burgstraße sind derzeit Teile des SD Jugend (Jugendförderung) untergebracht. Das Gebäude soll 2012 unter Verlagerung der Aufgaben aufgegeben werden. Geplant ist die Überführung in eine Zustiftung mit einer Nachfolgenutzung durch Dritte unter Beibehaltung des Stiftungszwecks.	0	0	25.000	25.000	25.000			einstimmig angenommen		1.274	67%	33%	264	78%	22%				
M076	24	Verw.-vorschlag		Leistungsreduzierung Kantine Bonner Straße (Cafeteria) und Aufnahme neuer Funktionen in den bisherigen Räumlichkeiten	Die Maßnahme zielt auf eine Aufgabe der bisherigen Kantine im Verwaltungsgebäude Bonner Straße ab. Ein reduziertes Grundangebot (Cafeteria) soll durch den DBSG sichergestellt werden. Die durch die Aufgabe freierwerdenden Räumlichkeiten können anderen Funktionsbereichen zur Verfügung gestellt werden.	40.000	140.000	190.000	190.000	190.000			mehheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.627	92%	8%	274	94%	6%				
M076	24	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Leistungsreduzierung Kantine Bonner Straße (Cafeteria) und Aufnahme neuer Funktionen in den bisherigen Räumlichkeiten		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP	abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)											
M077	24	Verw.-vorschlag		Reduzierung Objektbetreuung nach Umsetzung der neuen Gebäudestrategie	Personal-Reduzierung durch Konzentration auf 2 Standorte	0	0	25.000	25.000	25.000			mehheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M078	25	Verw.-vorschlag		Optimierung der Beschaffung und Aufbau von konzernweiten Serviceeinheiten	Durch Prozessoptimierung und Bedarfsbündelung sind konzernweit Einsparpotentiale zu heben. Die Effekte fallen in den zentralen und in den dezentralen Budgets an. → s. a. Nrn. 020 und 021 (SD 11-0)	500.000	600.000	700.000	800.000	800.000			mehheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M079	25	Verw.-vorschlag		Nachsteuerung der Personalbemessung nach Aufnahme des Routinebetriebs	Aufgrund der allg. Rahmenbedingungen kann eine Stelle "Beschaffer/in" gestrichen werden.	0	60.000	60.000	60.000	60.000			mehheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M080	30	Verw.-vorschlag		Standardreduzierung juristische Beratung	Der Standard der juristischen Beratung könnte in Form einer Personalreduzierung und Bewertungsanpassung reduziert werden.	0	0	75.000	55.000	55.000			mehheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M081	30	Verw.-vorschlag		Vetorecht SD 30 bei risikobehafteten Verfahren	Ein Vetorecht des SD Recht bei risikobehafteten Verfahren der Fachbereiche könnte zu einer Reduzierung von Sachkosten führen	0	10.000	10.000	10.000	10.000			mehheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M082	30	Verw.-vorschlag		Abbau klassischer Schreibtätigkeiten durch Einsatz neuer Technologie	Durch zunehmenden Einsatz von IT-Funktionen (z.B. Mail, Kalender usw.) werden klassische Schreibdienste abgebaut.	9.000	9.000	16.000	16.000	16.000			mehheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M083	30	Verw.-vorschlag		Überprüfung des Versicherungsbestandes	Prüfauftrag: Potentiale aus einer Reduzierung von Versicherungen durch Weniger-Personal und weniger Gebäude (nach Produktkritik)	0	10.000	10.000	10.000	10.000			mehheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M084	30	Verw.-vorschlag		Optimierung Steuerungs- und Serviceprozesse	Durch den Wegfall von internen Abstimmungsprozessen und Abbau von Formular- und Vorgehensformularen werden die sogenannten Overhead-Aufwendungen kontinuierlich verringert.	0	0	0	23.000	23.000			mehheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M085	31/32	Verw.-vorschlag		Bürokratieabbau	Personalreduzierung im Teilprozess "Ortsrecht und sonstigen Anordnungen"	0	0	0	27.000	27.000			mehheitlich angenommen	SG-Aktiv										



HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)		
M086	31/32	Verw.-vorschlag		Erhöhung der Gebühren bei Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen	Bei den Sondernutzungsgebühren handelt es sich um eine Gebühr für die Erlaubnis für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen. Diese werden auf Grundlage der Sondernutzungssatzung der Stadt Solingen (letzte Anhebung lt. Änderungssatzung vom 25.05.2001 bzw. aufgrund der Euro-Einführung ab 01.01.2002) erhoben. Es ist beabsichtigt, die Sondernutzungsgebühren ab dem Jahr 2011 um ca. 10 Prozent zu erhöhen.	0	20.000	20.000	20.000	20.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.283	71%	29%	269	76%	24%		
M087	31/32	Verw.-vorschlag		Ausweitung von Parkflächen für Anwohner	Es ist beabsichtigt, ca. 20 zusätzliche Anwohnerparkplätze im Stadtgebiet zu schaffen. Die Anwohner haben dann die Möglichkeit, einen Parkausweis beim Ordnungsamt zu beantragen. Mit diesem (kostenpflichtigen) Anwohnerparkausweis sind sie dann berechtigt, die ausgewiesenen Parkplätze zu benutzen.	0	5.000	5.000	5.000	5.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.218	68%	32%	276	72%	28%		
M087	31/32	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Ausweitung von Parkflächen für Anwohner		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP										
M088	31/32	Verw.-vorschlag		Optimierung von Führungsaufgaben (Dienst- und Abteilungsleitung) und Überwachungsaufgaben (Fahrerlaubnis und Ermittlung)	Im Rahmen von Personalfuktuation in 2009 wurden bereits früher geplante Optimierungen umgesetzt.	165.000	170.000	170.000	170.000	170.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv								
M089	31/32	Verw.-vorschlag		Optimierung von Arbeitsprozessen und Arbeitsverdichtung im Bereich allgemeine Ordnung	Aufgrund der Optimierung der Arbeitsprozesse im Bereich allgemeine Ordnung, Gewerbe und Märkte sowie dem zentralen Ermittlungsdienst ergeben sich Synergieeffekte.	10.000	60.000	60.000	60.000	60.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv								
M090	31/32	Verw.-vorschlag		verstärkte Kontrolle "unerlaubte Handwerksausübung" (Schwarzarbeit) und Kfz-Entstempelung	Die Ausweitung der Kontrollen des Ordnungsamtes dient dem Schutz der niedergelassenen Handwerksbetriebe und der Verbraucher, da die unerlaubte Handwerksausübung bekämpft wird. Weiterhin wird die Sicherheit im Straßenverkehr erhöht, da nicht zum Straßenverkehr zugelassene Kraftfahrzeuge entstempelt und gegebenenfalls entfernt werden.	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv								
M091	31/32	Verw.-vorschlag		Umsetzung Projektergebnisse Berg. Lebensmittel- und Veterinäramt (BVLA)	strukturell 140 TEUR durch Absenkung Transferaufwand an das Chemische- und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper AöR; zusätzliche Einsparpotentiale sind über die haushaltsmäßige Abbildung des BVLA im Haushaltsbegleitbeschluss bereits berücksichtigt.	0	35.000	70.000	105.000	140.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv								
M092	31/32	Verw.-vorschlag		Anpassung im Bereich Verkehrsüberwachung	Aufgrund veränderter Verstoßquotienten sowie einer geplanten Zusammenlegung mit dem SD 32 entstehen Synergieeffekte von insgesamt 3 Stellen (Geschwindigkeitüberwachung und Ordnungswidrigkeiten).	0	129.000	129.000	129.000	129.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv								
M093	31/32	Verw.-vorschlag		Verbesserung der Verkehrssicherheit (Rotlichtüberwachung)	Beabsichtigt ist die Einführung einer "Rotlichtüberwachung" an Kreuzungen mit Unfallschwerpunkten. Hierfür ist allerdings eine vorherige Prüfung durch die Unfallkommission erforderlich.	0	50.000	50.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.406	65%	35%	273	70%	30%		
M094	31/32	Verw.-vorschlag		Optimierung Steuerungs- und Serviceprozesse	Durch den Wegfall von internen Abstimmungsprozessen und Abbau von Formular- und Vorgehensformularen werden die sogenannten Overhead-Aufwendungen kontinuierlich verringert.	20.000	67.000	67.000	67.000	67.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv								
M095	33	Verw.-vorschlag		Optimierung von Serviceaufgaben (Bürgerbüro, Wahlen, Standesamt und Statistik)	Im Rahmen von Personalfuktuation in 2009 wurden bereits früher geplante Optimierungen umgesetzt.	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv								
M096	33	Verw.-vorschlag		Verzicht auf Passmitteilungen	Verzicht der Mitteilung an den Bürger bei Ablauf des Passes (die Maßnahme wird bereits praktiziert, ist haushaltsmäßig aber noch nicht nachvollzogen)	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv								
M097	33	Verw.-vorschlag		Verzicht auf externen Geldtransport (Kfz-Zulassung)	die Maßnahme wird bereits praktiziert, ist haushaltsmäßig aber noch nicht nachvollzogen	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv								
M098	33	Verw.-vorschlag		Einsatz von Klebesiegeln	In der Kfz-Zulassungsstelle werden zur Dokumentensicherung (gebührenpflichtige) Klebesiegel eingesetzt; Potential: Mehreinnahmen durch Gebühren die Maßnahme wird derzeit bereits praktiziert	0	9.000	9.000	9.000	9.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv								
M099	33	Verw.-vorschlag		Nutzung des Civitec "Statistik-Grundpakets"	Durch das von der Civitec bereits betriebene Statistik-Grundpaket könnten bisher eingesetzte eigene Statistik-Anwendungen und Personalanteile reduziert werden	0	0	50.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv								

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SGAktiv und FBU)	Gegensstimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensstimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M100	33	Verw.-vorschlag		Optimierung Steuerungs- und Serviceprozesse	Durch den Wegfall von internen Abstimmungsprozessen und Abbau von Formular- und Vorgehensformalitäten werden die sogenannten Overhead-Aufwendungen kontinuierlich verringert (insbesondere Sekretariat und Steuerung Ausländer- und Integrationsbüro).	13.000	13.000	63.000	76.000	76.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M101	33	Verw.-vorschlag		Wegfall der Lohnsteuerkarten	Wegfall der LSt-Karten (Volumen: rd. 125.000 Lohnsteuerkarten) aufgrund neuer gesetzlicher Regelung	0	0	60.000	60.000	60.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M102	33	Verw.-vorschlag		Anpassung des Bürgerservices aufgrund geänderter Fallzahlen	weitere Stellen-Reduzierung aufgrund reduzierter Fallzahlen (Kfz.)	0	0	0	0	25.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M103	33	Verw.-vorschlag		Einrichtung eines zentralen Bürgerbüros	Die Maßnahme beinhaltet das Zusammenführen aller bisherigen Bürgerbüros an einem zentralen Standort in Solingen-Mitte (bestehendes Bürgerbüro und Teilfläche der Bibliothek) unter Beibehaltung der bisherigen Öffnungszeiten (60 Std.) und des bisherigen Leistungsangebotes.	0	50.000	180.000	180.000	180.000					1.669	72%	28%	276	70%	30%	X	X	
M103	33	BV Ohlgs Aufderhöhe Merscheid	Empfehlung	Einrichtung eines zentralen Bürgerbüros	Die Bezirksvertretung Ohlgs/Aufderhöhe/Merscheid begrüßt mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme (BV Marquardt) und 5 Enthaltungen (SPD, Grüne) grundsätzlich die Einrichtung eines attraktiven Bürgerbüros in Solingen-Mitte. Allerdings ist der Standort des Bürgerbüros im Stadtteil Ohlgs für die dort lebende Bevölkerung unverzichtbar. Zwecks Aspekten sowohl von Attraktivierung als auch der Konsolidierung ist jenes Bürgerbüro mit der Tourismusinformation und ggf. Dritten (Deutsche Post AG, Stadtparkasse, etc.) an zentraler Stelle (z. B. Busbahnhof) zu betreiben.							zur Kenntnis genommen											
M103	33	DIE LINKE	Streichung der Maßnahme	Einrichtung eines zentralen Bürgerbüros	Die Einrichtung dezentraler Bürgerbüros ist zu einem vielgenutzten Serviceangebot geworden. Um den Ohlgs'ern Bürgern den Weg zu einem zentralen Bürgerbüro in der Solinger Innenstadt zu ersparen, aber auch eine wichtige Anlaufstelle für den Tourismusbereich zu erhalten, wird eine Schließung abgelehnt. Einer Überprüfung der Möglichkeit einer Aufgabenübernahme in anderen Räumen im Stadtteil Ohlgs wird zugestimmt.	0	0	0	0	0		mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, CDU, FDP										
M103	33	FDP	Anpassung der Maßnahme	Einrichtung zentraler Bürgerbüros in Mitte und Ohlgs	neuer Titel: Einrichtung zentraler Bürgerbüros in Mitte und Ohlgs  Die Einrichtung eines attraktiven Bürgerbüros in Solingen-Mitte ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings ist der Standort des Bürgerbüros im Stadtteil Ohlgs für die dort lebende Bevölkerung unverzichtbar. Zwecks Aspekten sowohl von Attraktivierung als auch der Konsolidierung ist jenes Bürgerbüro mit der Tourismusinformation und ggf. Dritten (Deutsche Post AG, Stadtparkasse, etc.) an zentraler Stelle (z.B. Busbahnhof) zu betreiben.	0	50.000	180.000	180.000	180.000		mehrheitlich angenommen	CDU	mehrheitlich angenommen	teilw. CDU, OB								
M103	33	CDU	Anpassung der Maßnahme	Einrichtung eines zentralen Bürgerbüros	Prüfungsauftrag: "Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob bei gleichzeitigem Erhalt der Einsparvorgabe auch im Verwaltungsgebäude Bonner Straße - erforderlichenfalls mit reduzierten Öffnungszeiten - das Angebot eines Bürgerbüros eingerichtet und damit für Ohlgs erhalten werden kann.  Dabei ist zu berücksichtigen, ob sich Synergieeffekte durch eine gemeinsame Nutzung des Empfangsbereiches ergeben können und ob auch Angebote zur Kfz-Zulassung in das Gesamtkonzept integriert werden können. Ergänzend ist zu beleuchten, wie sich ein Vorziehen von HSK-Maßnahme 107 auf das Erreichen der Sparvorgabe auswirken könnte."	0	50.000	180.000	180.000	180.000		erledigt durch weitergehenden Antrag											
M104	33	Verw.-vorschlag		Verzicht auf Alarmanmeldung Polizei	Verzicht auf die ständige Alarmanmeldung im Bereich Kfz-Zulassung (Gasstraße); Alternative wie Gebäude Mummstr. (Sicherheitsdienst)	0	8.000	8.000	8.000	8.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M105	33	Verw.-vorschlag		Zulassung von Werbung	Durch das Zulassen kommerzieller Werbung (z. B. Bürgerbüro, Kfz-Zulassung) könnten zusätzliche Erträge erschlossen werden.	0	2.000	2.000	2.000	2.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M106	33	Verw.-vorschlag		Optimierung Ausländer- u. Integrationsbüro	Reaktion auf Fallzahlen	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M107	33	Verw.-vorschlag		Wegfall EU-Übergangsregelungen und Auflösung EU-Aussenstelle Ohlgs bei Integration in das Bürgerbüro	Durch gesetzl. Änderungen sind bestehende EU-Übergangsregelungen entfallen; die EU-Außenstelle (Ohlgs) kann damit aufgelöst werden; verbleibende Aufgaben können auf das Bürgerbüro übertragen werden. → s. a. Nr. 103 (SD 33)	0	0	0	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.442	96%	4%	275	95%	5%			



HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SGAktiv und FBU)	Gegenstimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegenstimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M108	37	Verw.-vorschlag		Anpassung der Gebührensatzung "Hilfeeleistungen" (Feuerwehr)	Die Hilfeleistungssatzung legt die Gebühren für alle Hilfsmaßnahmen der Feuerwehr für Dritte, die nicht nach dem Feuerschutzhilfeleistungsgesetz kostenfrei sind, fest (z. B. Ölspurbeseitigung). Die in der Satzung festgelegten Tarife für Personal- und Fahrzeugleistungen sollen aktualisiert werden.	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.239	80%	20%	269	78%	22%			
M108	37	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Anpassung der Gebührensatzung "Hilfeeleistungen" (Feuerwehr)		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt		SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP										
M109	37	Verw.-vorschlag		Rettungsdienstbedarfsplan (1)	neue Gebühren-Vereinbarung mit den Kostenträgern (Krankenkassen); s. Ratsvorlage v. Dezember 2009 (Drucks.-Nr. 225)	1.357.000	1.357.000	1.089.000	1.089.000	1.089.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M110	37	Verw.-vorschlag		Rettungsdienstbedarfsplan (2)	zusätzlich zu Nr. 109: Berücksichtigung erhöhter Versorgungsaufwendung (4%) in der Kostenrechnung Rettungsdienst	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M111	37	Verw.-vorschlag		Reduzierung Sonderfahrzeuge um zwei Funktionen (Feuerwehr)	Bei der Feuerwache Solingen-Wald stehen für besondere Einsätze Sonderfahrzeuge (z. B. Kranwagen, Großtanklöschfahrzeug usw.) zur Verfügung, die in Schadenslagen, bei denen spezielles technisches Gerät benötigt wird, zum Einsatz kommen. Für den Einsatz dieser Sonderfahrzeuge stehen bei der Feuerwehr ständig (7 Tage à 24 Std.) 4 "Funktionen" (1 Funktion = 4,7 Stellen) zur Verfügung. Geplant ist die Reduzierung um zwei Funktionen. Um den Einsatz der Sonderfahrzeuge im Bedarfsfall im bisherigen Umfang sicherzustellen, ist eine verstärkte Ausbildung der übrigen Einsatzkräfte und ein verstärkter Einsatz der freiwilligen Feuerwehr erforderlich.	0	472.000	472.000	472.000	472.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.630	48%	52%	270	62%	38%	X		
M111	37	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Reduzierung Sonderfahrzeuge um zwei Funktionen (Feuerwehr)		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt		SPD, B90/Grüne, BfS, CDU, FDP										
M112	37	Verw.-vorschlag		Optimierter Löschwasservertrag	Umsetzung des Ratsbeschlusses zum Löschwasservertrag; s. korrespondierende Maßnahme unter → Nr. 248 (BSG)	520.000	520.000	520.000	520.000	520.000			einstimmig angenommen										
M112	37	SG-Aktiv	Anpassung der Maßnahme	Optimierter Löschwasservertrag	neue Bezeichnung: Streichung Löschwasserzuschuss	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	einstimmig abgelehnt		SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP	abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)									
M113	37	Verw.-vorschlag		Beteiligung Stadt Remscheid an der gemeinsamen Leitstelle (Feuerwehr)	Durch eine Beteiligung der Feuerwehr der Stadt Remscheid an der Leitstellenkooperation der Feuerwehren Solingen und Wuppertal können Synergieeffekte in den Bereichen Personal und technische Ausrüstung erreicht werden.	0	0	0	150.000	150.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.570	91%	9%	274	84%	16%			
M114	40	Verw.-vorschlag		Verzicht auf externe Moderation Bildungskonferenz	Die Moderation wurde bisher von einem externen Berater durchgeführt. Nach Ablauf des Vertrags soll die Bildungskonferenz durch den zuständigen Beigeordneten geleitet werden.	0	5.000	5.000	5.000	5.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M115	40	Verw.-vorschlag		Wegfall Gesundheits-, Ernährungs- und Hygieneberatung an Schulen	Für die "Gesundheits-, Ernährungs- und Hygieneberatung" hält der Stadtdienst Schulen im Hinblick auf die Einrichtung und den Betrieb von Schulküchen bzw. Ausgabeküchen bisher eigene Personalanteile vor. Da sich deren Betrieb und Abläufe zwischenzeitlich eingespielt haben und die Erfüllung der Vorgaben durch die Betreiber der Mensen sichergestellt werden können, kann der städt. Beratungsanteil entfallen.	0	20.000	20.000	20.000	20.000													
M115	40	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Wegfall Gesundheits-, Ernährungs- und Hygieneberatung an Schulen	Konzeptentwicklung zur Schultoilettensanierung muss gewährleistet bleiben.	0	0	20.000	20.000	20.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M116	40	Verw.-vorschlag		Neustrukturierung des Übergangsmanagements (Kita → Grundschule → Weiterführende Schulen)	Mit einer möglichen Umstrukturierung und einer Arbeitsverdichtung im Bildungsbüro des SD 40 können die Aufgaben mit geringerem Aufwand wahrgenommen werden.	0	26.000	26.000	26.000	26.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M117	40	Verw.-vorschlag		Reduzierung nicht abgerufener Lernmaterialien	Reduzierung um 50%	0	100.000	100.000	100.000	100.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG Aktiv und FBU)	Gegenstimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegenstimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M118	40	Verw.-vorschlag		Kopfbudget für Schulen (incl. Demografie)	Mit einer Änderung des Verteilungsschlüssels der Schulbudgets und unter Beachtung der geringeren Schülerzahlen könnten die Aufwendungen schrittweise reduziert werden.	0	20.000	35.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M119	40	Verw.-vorschlag		Änderung der Organisationsform der Mensa der Gesamtschule Solingen.	Übergang der Bewirtschaftung der Mensa der Gesamtschule Solingen an einen Dritten, Übernahme des Modells der anderen Schulen.	0	0	0	48.000	48.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M120	40	Verw.-vorschlag		Wegfall Schulassistentin infolge der Aufgabe der Hauptschule Mängenberg	Durch die Aufgabe der Hauptschule Mängenberg kann die bisher vorgehaltene Schulassistentin entfallen. Die Maßnahme wurde haushaltstechnisch noch nicht umgesetzt	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M121	40	Verw.-vorschlag		Entgeltanpassung Walter-Bremer-Institut	Das unter der Trägerschaft der Stadt Solingen stehende "Walter-Bremer-Institut" ist eine staatlich anerkannte Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/innen aus dem Großraum Düsseldorf und dem Bergischen Land mit insgesamt 120 Ausbildungsplätzen; aus Solingen kommen davon etwa 15% der Schüler/innen. Die Einrichtung finanziert sich teilweise durch Entgelte der Lehrgangsteilnehmer/innen (rd. 200 TEUR), eine Zuwendung des Landes NRW (rd. 105 TEUR) und einen Zuschuss der Apothekerkammer Nordrhein (rd. 27 TEUR). Zusätzlich bezuschusst auch die Stadt Solingen derzeit das Institut mit jährlich 250.000 EUR (rd. 2.100 EUR je Ausbildungsplatz). Obwohl die Apotheker in erheblichem Maße von dem Ausbildungsgang profitieren, verweigert die Apothekerkammer eine Erhöhung ihres Zuschusses. Das Ziel, den städt. Zuschussbetrag auf 100.000 EUR zu senken, muss daher über höhere Teilnehmerentgelte (Erhöhung von monatlich 150 EUR auf ca. 250 EUR) erreicht werden.	75.000	150.000	150.000	150.000	150.000						1.456	92%	8%	270	83%	17%		
M121	40	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Entgeltanpassung Walter-Bremer-Institut		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, CDU, FDP											
M121	40	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Entgeltanpassung Walter-Bremer-Institut	neue Bezeichnung: Einnahmeverbesserung und Personaloptimierung Walter-Bremer-Institut	75.000	150.000	150.000	150.000	150.000	mehrheitlich angenommen	CDU	mehrheitlich angenommen	CDU, OB									
M122	40	Verw.-vorschlag		Potentiale: demografischer Faktor Schülerbeförderung	Potential aufgrund geringerer Schülerzahlen	0	5.000	10.000	15.000	20.000			einstimmig angenommen										
M123	40	Verw.-vorschlag		Potentiale: Schülerunfallversicherung	Potential aufgrund geringerer Schülerzahlen	0	0	0	25.000	25.000			einstimmig angenommen										
M124	40	Verw.-vorschlag		Optimierung Steuerungs- und Serviceprozesse	Durch den Wegfall von internen Abstimmungsprozessen und Abbau von Formular- und Vorgehensformularen werden die sogenannten Overhead-Aufwendungen kontinuierlich verringert.	0	0	0	26.000	26.000			einstimmig angenommen										

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegenstimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegenstimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M125	40	Verw.-vorschlag		Flächenoptimierung bei Schulgebäuden durch Standortaufgabe und Schulschließung aufgrund demographischer Entwicklung	Auf Grund der absehbaren Entwicklung der Schülerzahlen können Schulgebäude ganz oder teilweise aufgegeben werden; in Frage kommen (GS = Grundschule, HS = Hauptschule): - GS Schützenstraße, Schulgebäude Burg (Sommer 2010) - GS Stübchen, Schulgebäude Kattemberger Str. 216, ohne Turnhalle (genauer Zeitpunkt noch offen) - GS Erholungstraße, Schulgebäude Fürker Irlen (Sommer 2012) - GS Gottlieb-Heinrich-Straße, Schulgebäude Wittkuller Straße (Sommer 2012) - GS Meigen, Schulgebäude Schützenstr.119 (Kirschbaumhöhe) (Sommer 2013) - GS Am Rosenkamp, 1 Pavillon (kurzfristig) - GS Yorckstraße, Schulgebäude Lütowstr. (Sommer 2012) - Gebäude HS Ohligs (Sommer 2013) - Gebäude HS Krahenhöhe inkl. Sporthalle (Sommer 2014)  In dem Einsparpotential ist die Aufgabe des Betreuungsangebotes in der Zeit von 08.00 bis 13.00 Uhr enthalten.	60.000	120.000	350.000	900.000	1.800.000			einstimmig angenommen mit den textl. Ergänzungen der Anträge aus dem FA)			1.816	79%	21%	269	78%	22%	X	
M125	40	SPD B90/Grüne BIS	Anpassung der Maßnahme	Flächenoptimierung bei Schulgebäuden durch Standortaufgabe und Schulschließung aufgrund demographischer Entwicklung	Die Bezeichnung und die Ansätze der Verwaltung werden mitgetragen. Bei der Beschreibung der Maßnahme soll jedoch folgender Text ergänzt werden:  "Die Aussage Schließung der Hauptschulen Ohligs und Krahenhöhe inklusive Sporthallen bezieht sich nur auf die Schulform, nicht auf die Gebäude. Da diese Gebäude eine sehr gute Bausubstanz aufweisen, könnten sie auch weiterhin für Schulen genutzt werden. Welche Gebäude im genannten Wert alternativ aufgegeben werden, wird auf Grundlage des neuen Schulentwicklungsplans entschieden."	60.000	120.000	350.000	900.000	1.800.000	einstimmig angenommen												
M125	40	CDU	Anpassung der Maßnahme	Flächenoptimierung bei Schulgebäuden durch Standortaufgabe und Schulschließung aufgrund demographischer Entwicklung	Prüfauftrag: Die Verwaltung wird aufgefordert, zu überprüfen, ob und inwieweit die zugehörigen Sporthallen bei der Verwertung der Schulgebäude für den Sportbereich erhalten bleiben können und welche finanziellen Auswirkungen hiermit verbunden sind. Weiterhin soll überprüft werden, ob das vorgesehene Zeitraster in Anbetracht des (u.a. für den Ganztags) benötigten Raumangebotes realistisch ist.	60.000	120.000	350.000	900.000	1.800.000	einstimmig angenommen												
M125	40	FDP	Anpassung der Maßnahme	Flächenoptimierung bei Schulgebäuden durch Standortaufgabe und Schulschließung aufgrund demographischer Entwicklung	Die Optimierung hat unter der besonderen Berücksichtigung der Sporthallen stattzufinden, ggf. sollen jene abgetrennt und selbstständig genutzt werden.	60.000	120.000	350.000	900.000	1.800.000	schließt sich dem Antrag der CDU an												
M126	40	Verw.-vorschlag		Reduzierung Personalkosten Schulassistenten durch Aufgabe Schulgebäude (FriSch-Projekt)	Durch die Aufgabe von Schulgebäuden im Rahmen des Projekts "Flächenreduzierung in Schulen" können Stellenanteile abgebaut werden.	0	0	0	11.500	46.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M127	41/26	Verw.-vorschlag		Änderung Eintrittsgelder/-preise bei Theaterveranstaltungen	Durch eine Veränderung der Einteilung des Saalplans (Zuordnung der Plätze zu Preiskategorien) und der Bildung von 5 anstatt 3 Preiskategorien ist eine genauere Preiskalkulation möglich. Zusätzlich besteht damit die Möglichkeit mit dem Eintrittspreis auf die Qualität der Veranstaltung zu reagieren. Zusätzlich ist beabsichtigt, bei Ab-Veranstaltungen alle noch kurz vor Veranstaltungsbeginn vorhandenen Tickets für 5 EUR zu verkaufen.	0	17.000	35.000	35.000	35.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.475	86%	14%	278	89%	11%			
M128	41/26	Verw.-vorschlag		Reduzierung von Theaterveranstaltungen	Es ist beabsichtigt, die Anzahl der extern eingekauften Aufführungen um drei Aufführungen pro Jahr zu reduzieren.	0	13.000	25.000	25.000	25.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.329	59%	41%	272	62%	38%			
M129	41/26	Verw.-vorschlag		verbesserte Terminplanung der "bergischen Kulturverantwortlichen"	Verbesserte Terminplanung von Orchester GmbH und den "Kulturämtern" Solingen / Wuppertal / Remscheid (das ausgewiesene Potential dient lediglich als Merkposten)	0	0	0	1.000	1.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M130	41/26	Verw.-vorschlag		gemeinsames Kulturbüro (SG und RS)	Mögliche Stellenreduzierung im Rahmen der zu überprüfenden Bergischen Kooperation.	0	0	0	34.000	34.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M131	41/26	Verw.-vorschlag		Reduzierung von Theaterveranstaltungen (pro Abonnement)	Bei gleichbleibendem Preis wird die Menge an Veranstaltungen, die im Theaterabonnement enthalten ist, reduziert.	0	13.000	25.000	25.000	25.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.314	76%	24%	267	62%	38%			

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG Aktiv und FBU)	Gegenstimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegenstimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag		
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)				
M132	41/26	Verw.-vorschlag		Optimierung (Neustrukturierung) der Werbung	Instrumente der Werbung optimieren bzw. anders strukturieren (u. a. gemeinsame Werbung von Stadt / Orchester / Hallenmanagement / Kulturbüro)	0	10.000	10.000	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M133	41/26	Verw.-vorschlag		Reduzierung kulturelle Einzelhilfen (Stadtkultur)	Vom Kulturbüro werden derzeit zur Förderung der "Stadtkultur" kulturelle Einzelhilfen von rd. 31.000 EUR gewährt. Diese freien Zuschüsse sollen um 10.000 EUR reduziert werden.	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000						1.221	71%	29%	271	69%	31%			
M133	41/26	SPD B90/Grüne BIS zieltgleich: FDP SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Reduzierung kulturelle Einzelhilfen (Stadtkultur)		0	0	0	0	0	mehrheitlich angenommen	CDU	keine Abstimmung, da lt. FA-Beschluss gestrichen											
M134	41/26	Verw.-vorschlag		Schließung Stadtsaal Wald	Der Stadtsaal Wald soll ab 2012 aufgegeben werden. Um eine Rückzahlungsverpflichtung für Landesmittel (aktuell 357.000 EUR) zu vermeiden, soll durch einen Trägerwechsel der kulturelle Nutzungszweck möglichst erhalten bleiben.	0	0	208.000	208.000	208.000						1.680	88%	12%	273	82%	18%	X		
M134	41/26	BV Wald	Empfehlung	Schließung Stadtsaal Wald	Die BV Wald fasst bei 8 Ja-Stimmen und 5 Gegenstimmen (CDU und BV Frau Höffgen) mehrheitlich folgenden Beschluss: Die BV spricht sich gegen die Beschlussempfehlung aus der Vorlage DS 635 (-> Schließung Stadtsaal Wald) aus.  Die BV empfiehlt dem Rat einstimmig folgende Beschlussfassung: Der Rat beauftragt die Verwaltung, aktiv weitere Gespräche mit Interessenten zu führen, um das Eigentum am Stadtsaal Wald, unter Beibehaltung der bisherigen Nutzung zu übertragen. Sie soll spätestens bis zum 01.03.2012 geschehen. Darüber hinaus soll weiter aktiv nach potentiellen Kunden und Kundinnen für die Nutzung des Stadtsaales gesucht werden. Über den jeweils aktuellen Sachstand soll der BV Wald regelmäßig Bericht erstattet werden.								zur Kenntnis genommen											
M134	41/26	FDP	Anpassung der Maßnahme	Schließung Stadtsaal Wald	Änderungsantrag in FA-Klausur: Schließung des Stadtsaales Wald zum 01.03.2012, wenn bis dahin eine Übertragung an Dritte unter Beibehaltung der Funktion als Begegnungsstätte nicht erfolgt ist	0	0	208.000	208.000	208.000	mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BIS, LINKE												
M134	41/26	SPD B90/Grüne BIS	Anpassung der Maßnahme	Schließung Stadtsaal Wald	neue HSK-Bezeichnung: Übertragung des Stadtsaals Wald an Dritte unter Beibehaltung der Funktion als Begegnungsstätte	0	0	208.000	208.000	208.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP, OB										
M134	41/26	CDU FDP	Anpassung der Maßnahme	Schließung Stadtsaal Wald	neue HSK-Bezeichnung: Übertragung Stadtsaal Wald auf Dritte und Aufgabe als städt. Einrichtung spätestens bis zum 01.03.2012  Begründung: Die Maßnahme ist im FA geändert worden. Eine Schließung als städt. Einrichtung ist nicht Bestandteil des Beschlusses. Eine Übertragung auf einen interessierten Träger ist aus heutiger Sicht aussichtsreich und daher angestrebtes Ziel aller Fraktionen. Um die Sparvorgabe jedoch verbindlich und realisierbar zu machen, muß bereits mit Beschluss des HSK deutlich sein, dass im Falle des Scheiterns der Übertragungsbemühungen das Objekt als städt. Einrichtung spätestens zum 01.03.2012 geschlossen wird.	0	0	208.000	208.000	208.000				abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)										
M135	41/26	Verw.-vorschlag		Schließung Festhalle Ohligs	Die Festhalle Ohligs soll ab 2012 aufgegeben werden. Um eine Rückzahlungsverpflichtung für Landesmittel (aktuell 787.000 EUR) zu vermeiden, soll durch einen Trägerwechsel der kulturelle Nutzungszweck möglichst erhalten bleiben.	0	0	199.000	199.000	199.000						1.599	78%	22%	270	66%	34%	X		
M135	41/26	FDP	Anpassung der Maßnahme	Schließung Festhalle Ohligs	Änderungsantrag in FA-Klausur: Schließung der Festhalle Ohligs zum 01.03.2012, wenn bis dahin eine Übertragung an Dritte unter Beibehaltung der Funktion als Begegnungsstätte nicht erfolgt ist	0	0	199.000	199.000	199.000	mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BIS, LINKE												

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SGaktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M135	41/26	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Schließung Festhalle Ohligs	neue HSK-Bezeichnung: Übertragung der Festhalle Ohligs an Dritte unter Beibehaltung der Funktion als Begegnungsstätte	0	0	199.000	199.000	199.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP, OB									
M136	41/26	Verw.-vorschlag		Entgelterhöhung bei externer Vermietung (Theater/Konzerthaus)	Die Räume im Theater- und Konzerthaus können von Externen gegen Entgelt angemietet und genutzt werden. Diese Miete wird um 10 % erhöht werden.	0	25.000	25.000	25.000	25.000						1.379	89%	11%	272	86%	14%	X	
M136	41/26	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Entgelterhöhung bei externer Vermietung (Theater/Konzerthaus)	Die Bezeichnung und die Ansätze der Verwaltung werden mitgetragen. Bei der Beschreibung der Maßnahme soll jedoch folgender Text ergänzt werden: "Solinger Vereine werden von der Erhöhung ausgenommen."	0	25.000	25.000	25.000	25.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M137	41/26	Verw.-vorschlag		Veränderung des Personaleinsatzes im Garderobenbereich	Verstärkter Einsatz von Honorarkräften	0	40.000	40.000	40.000	40.000													
M138	41/26	Verw.-vorschlag		Verstärkung Bergische Zusammenarbeit in den Bereichen Oper, Sprechtheater und Konzertwesen sowie Museen	Mit finanzieller Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen geben die drei bergischen Großstädte ein Gutachten zur Kooperation in Auftrag. Hierdurch sollen Hinweise zum Aufbau einer Bergischen Kulturlandschaft erfolgen.	0	0	0	0	250.000						1.266	93%	7%	273	88%	12%		
M139	42	Verw.-vorschlag		Einführung einer Fachrotation bei der Bücherwahl (Lektorat)	Zukünftig werden regelmäßig nicht mehr alle Funktionen der Bücherauswahl (Lektorat) permanent durchgeführt (Standardabsenkung). Die Auswahl von Fachgebieten (z.B. Kinder-, Jugend-, Krimi- oder Romane) erfolgt in Rotation.	0	0	30.000	30.000	30.000													
M140	42	Verw.-vorschlag		Abbau von Leistungen in der Bücherannahme und Bücherausgabe	Durch den Stellenabbau erfolgt eine leichte Senkung des Servicestandards.	0	0	38.000	38.000	38.000													
M141	42	Verw.-vorschlag		Aufnahme neuer "Funktionen" in vorhandene Räume der Bibliothek	Das bisherige "Lese café" im Erdgeschoss der Bibliothek wird aufgegeben. Die freiwerdenden Flächen sollen durch das Bürgerbüro genutzt werden. → s. a. Nr. 103 (SD 33)	0	0	30.000	30.000	30.000						1.386	88%	12%	279	78%	22%		
M141	42	SPD B90/Grüne BfS	Streichung der Maßnahme	Aufnahme neuer "Funktionen" in vorhandene Räume der Bibliothek	Das bisherige Lese café soll erhalten bleiben. Eine Verlegung der KfZ-Zulassungsstelle in das EG der Stadtbibliothek wird nicht vorgesehen.	0	0	0	0	0	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	keine Abstimmung, da lt. FA-Beschluss gestrichen										
M142	42	Verw.-vorschlag		Vermietung von Einzelräumlichkeiten	z. B. Konferenzraum (2. OG, rd. 60 qm), Lese kabinen	0	0	5.000	5.000	5.000													
M143	42	Verw.-vorschlag		Einführung eines "Selbstverbuchungssystemes" bei der Bibliothek (Medienausleihe)	Durch die Einführung einer neuen Scanner-Technologie soll die Medienausleihe und -rückgabe auf ein Selbstverbuchungssystem umgestellt werden. Mit dem Benutzerausweis kann dann jede Bürgerin und jeder Bürger die Medien über ein Scanner-System ausleihen und zurückgeben. Zahlungen können über einen Kassenautomaten abgewickelt werden.	0	0	120.000	120.000	120.000						1.594	84%	16%	274	80%	20%	X	
M143	42	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Einführung eines "Selbstverbuchungssystemes" bei der Bibliothek (Medienausleihe)		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP											
M143	42	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Einführung eines "Selbstverbuchungssystemes" bei der Bibliothek (Medienausleihe)	neue Bezeichnung: Aufstellung eines Kassenautomaten in der Medienausleihe der Bibliothek	0	0	40.000	40.000	40.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP, OB									
M144	42	Verw.-vorschlag		Reduzierung Öffnungszeit Bibliothek	Die Stadtbibliothek ist zurzeit an sechs Tagen in der Woche mit insgesamt 50 Stunden geöffnet. Diese Öffnungszeiten sollen auf 45 Stunden reduziert werden. Dies führt zu einer eingeschränkten Nutzung für die Bürgerinnen und Bürger.	0	15.000	15.000	15.000	15.000						1.442	67%	33%	277	70%	30%		
M145	45	Verw.-vorschlag		Entgelterhöhung DKM	Die Entgelte wurden bereits zum 01.01.09 angehoben (Vollzahler um 1 EUR auf 4,50 EUR). Die Besucherzahlen sind gegenüber 2008 rückläufig. Trotzdem wurden in 2009 Mehreinnahmen erzielt, mit denen auch zukünftig gerechnet werden kann.	21.000	21.000	21.000	21.000	21.000													
M146	45	Verw.-vorschlag		Optimierung der Verwaltungsabläufe (Verwaltung Deutsches Klängenmuseum) ab 2011	Stellenumwandlung von 100% (E9) nach 50% (E5)	0	30.000	36.000	36.000	36.000													
M147	45	Verw.-vorschlag		Veränderung des Personaleinsatzes im Bereich der Ordnungs- und Kassendienste	Personalreduzierung durch vermehrten Einsatz von Honorarkräften (400-Euro-Kräfte).	0	0	16.000	16.000	16.000													
M148	47	Verw.-vorschlag		Entgelterhöhung (Archiv)	zum 01.11.2009 sofort	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000													
M149	47	Verw.-vorschlag		Kürzung Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte und Sonderaktionen (ab 2013)	Die bisher für Aushilfskräfte und Sonderaktionen eingesetzten Beschäftigungsentgelte sollen reduziert werden.	0	0	0	12.000	12.000													

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SGAktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M150	47	Verw.-vorschlag		Reduzierung von Öffnungs-, Bearbeitungs- und Erreichbarkeitszeiten, Reduzierung von Publikationen und Ausstellungen	Die Stellenumwandlung (50% Verwaltung → 25% Archivar) führt durch die Verlagerung notwendiger Verwaltungsarbeiten auf den Archiv-SB zu einer Standardabsenkung.	0	0	0	13.000	13.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.339	87%	13%	266	76%	24%			
M151	50	Verw.-vorschlag		Fallmanagement zur Wiederherstellung der Erwerbstätigkeit	verstärktes Fallmanagement durch Sozialarbeiter	0	0	0	60.000	60.000													
M151	50	CDU	Anpassung der Maßnahme	Fallmanagement zur Wiederherstellung der Erwerbstätigkeit	neue HSK-Bezeichnung: Fallmanagement Kurzbeschreibung: verstärktes Fallmanagement durch Sozialarbeiter auch für Menschen, die im Alter Grundsicherung erhalten ("ambulanz" vor "stationär")	0	0	0	60.000	60.000	einstimmig angenommen		mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M152	50	Verw.-vorschlag		"Gewährung und Heranziehung nach UVG"; Aufgabenübergang auf den SD 50	Die Bearbeitung der Heranziehungsangelegenheiten wurde bisher im SD 51 wahrgenommen; die Übertragung der Aufgaben in den SD 50 führt zu einer Personal-Reduzierung	0	40.000	40.000	40.000	40.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M153	50	Verw.-vorschlag		zusätzlicher Sondereinsatz: Rückforderung BSHG	Derzeit beschäftigt sich ein zusätzlicher Mitarbeiter aus einem anderen Bereich von 50 mit dem Thema "Rückforderung BSHG"	50.000	100.000	100.000	50.000	0			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M154	50	Verw.-vorschlag		Steigerung LVR-Anteil an Hilfen zur Gesundheit	Verbesserte Leistungen des LVR aufgrund schriftlichen Vergleiches	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M155	50	Verw.-vorschlag		Einsatz städt. Integrationshelfer (§ 16e SGBII)	Zur Unterstützung von Behinderten sollen künftig verstärkt Integrationshelfer eingesetzt werden	0	30.000	30.000	30.000	30.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M156	50	Verw.-vorschlag		Steigerung Refinanzierung durch andere Kostenträger	Soweit rechtlich möglich, werden Sozialleistungen mit anderen Kostenträgern abgerechnet.	50.000	100.000	100.000	100.000	100.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M157	50	Verw.-vorschlag		Umsetzung der SG-Pflegeplanung	Durch eine Verbesserung des Beratungsangebotes zur Hausbetreuung von Pflegebedürftigen sowie durch die Schaffung von Anreizsystemen (Erhöhung des Pflegegeldes) soll der Aufwand für Heimunterbringungen deutlich reduziert werden.	0	120.000	320.000	520.000	520.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M158	50	Verw.-vorschlag		Optimierung von Arbeitsprozessen und Arbeitsverdichtung; bedarfsgerechte Anpassung der sozialen Betreuung durch Stellenfluktuation	In 2010 wird die bereits früher geplante Anpassung umgesetzt.	25.000	50.000	50.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M159	50	Verw.-vorschlag		Reduzierung Übergangsheime	Die Reduzierung von 3 Objekten (= 750 TEUR) führt auch zu einer Stellenreduzierung (170 TEUR) in der Abt. 50-24	30.000	320.000	490.000	920.000	920.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M160	50	Verw.-vorschlag		verstärkte Überprüfung von Betriebsabrechnungen	Verstärkte Überprüfung von Nebenkostenabrechnungen (der Vermieter)	60.000	120.000	120.000	120.000	120.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M161	50	Verw.-vorschlag		Energieeinsparungsbeauftragter	Beratung der SGB II-Empfänger zu Energieeinsparungsmöglichkeiten	40.000	80.000	80.000	80.000	80.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M162	50	Verw.-vorschlag		Optimierung Betrieb Altentagesstätten (städt.)	haushaltsmäßig nachvollziehen	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M163	50	Verw.-vorschlag		Optimierung Steuerungs- und Serviceprozesse	Durch den Wegfall von internen Abstimmungsprozessen und Abbau von Formular- und Vorgehensformularen werden die sogenannten Overhead-Aufwendungen kontinuierlich verringert.	0	0	0	52.000	52.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M164	50	Verw.-vorschlag		Steigerung der Einnahmen in der Unterhalts-Heranziehung nach UVG	Das HSK-Ziel der ehem. Maßnahme Nr. 24 wird auf 50% des Ursprungsbetrages reduziert	0	50.000	50.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M165	51	Verw.-vorschlag		FHZ-präventive Angebote im Sozialraum mit Verbesserung der Zielsteuerung Verkürzung der Laufzeiten Fallpauschalen	Umsetzung der Projektergebnisse aus dem Jahr 2008 (Drucks.-Nr. 3918 v. 13.11.2008)	50.000	150.000	300.000	450.000	450.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M166	51	Verw.-vorschlag		Eingliederungshilfe: Spezialisierung Kooperation Coppelstift Kooperation mit Schulen Zugangssteuerung	Umsetzung der Projektergebnisse aus dem Jahr 2008 (Drucks.-Nr. 3918 v. 13.11.2008)	0	20.000	70.000	150.000	150.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M167	51	Verw.-vorschlag		Familienpflege: Ausbau der Pflegeplätze durch Werbung und gute Betreuung	Umsetzung der Projektergebnisse aus dem Jahr 2008 (Drucks.-Nr. 3918 v. 13.11.2008)	-50.000	-100.000	-150.000	-200.000	-200.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M168	51	Verw.-vorschlag		Präventive Sozialraumarbeit: Im Rahmen der Projektarbeit Neuausrichtung SD 51 wurde dieser Themenbereich als Voraussetzung für eine optimierte Sozialraumarbeit mit 2,5 Stellen vereinbart. Im Rahmen der Produktkritik wird dieser Bereich zunächst probeweise reduziert mit 1 Stelle Sozialarbeit (EG9) angegangen	Umsetzung der Projektergebnisse aus dem Jahr 2008 (Drucks.-Nr. 3918 v. 13.11.2008)	-26.000	-52.000	-52.000	-52.000	-52.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									



HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SGAktiv und FBU)	Gegenstimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegenstimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M169	51	Verw.-vorschlag		Beendigung Projekt "auffällige Jugendliche": Die Projektarbeit wird in Absprache mit beteiligten Sden Ende 2012 auslaufen. Die seinerzeitige befristete 1,0 Stelle EG9 (kw) kann dann entfallen.	Umsetzung der Projektergebnisse aus dem Jahr 2008 (Drucks.-Nr. 3918 v. 13.11.2008)	0	0	0	52.000	52.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M170	51	Verw.-vorschlag		Heimpflege: Rückführungsmanagement UBT / zentrale Steuerung Verbesserung der Zielsteuerung Verringerung der Leistungsdichte	Umsetzung der Projektergebnisse aus dem Jahr 2008 (Drucks.-Nr. 3918 v. 13.11.2008)	100.000	350.000	800.000	1.300.000	1.300.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M171	51	Verw.-vorschlag		Hilfen für Volljährige: Verbesserung der Zielsteuerung Rückführungsmanagement + Kooperation mit der ARGE Verselbständigungshilfen	Umsetzung der Projektergebnisse aus dem Jahr 2008 (Drucks.-Nr. 3918 v. 13.11.2008)	150.000	400.000	850.000	1.350.000	1.350.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M172	51	Verw.-vorschlag		Inobhutnahmen (Teilmenge von Heimpflege): Absenkung des Tagessatzes + Verringerung der Inobhutnahmen bei Einsatz der ambulanten Krisenhilfe Ausweitung FBB	Umsetzung der Projektergebnisse aus dem Jahr 2008 (Drucks.-Nr. 3918 v. 13.11.2008)	20.000	50.000	100.000	150.000	150.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M173	51	Verw.-vorschlag		Neuausrichtung des städt. Kinderheimes Kannenhof	Neben der Übernahme von Aufgaben der Notschlafstelle für Minderjährige wird das Aufgabenspektrum des Kinderheims Kannenhof im Bereich der Eingliederungshilfen, präventiven Angebote im Sozialraum, Familienpflege und Heimpflege ergänzt. Die Angebote der Notschlafstelle für junge Erwachsene werden auf Dritte übertragen. Das bisher als Notschlafstelle genutzte Gebäude Hermannstraße 10 kann dann aufgegeben werden.	0	125.000	125.000	125.000	125.000					1.586	54%	46%	269	78%	22%	X		
M173	51	BV Burg Höhscheid	Empfehlung	Neuausrichtung des städt. Kinderheims Kannenhof	Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die Notschlafstelle "Die Zehn" im Gebäude Hermannstraße 10 verbleibt, es sei denn, alle am Verfahren Beteiligten einigen sich auf eine einvernehmliche andere Lösung.								zur Kenntnis genommen										
M173	51	SPD B90/Grüne BfS zielgleich: DIE LINKE FBU SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Neuausrichtung des städt. Kinderheims Kannenhof	Anm.: mehrheitliche Zustimmung des Jugendhilfeausschusses (Gegenstimmen: CDU)	0	0	0	0	0			mehrheitlich angenommen	CDU	keine Abstimmung, da lt. FA-Beschluss gestrichen								
M173	51	FDP	Anpassung der Maßnahme	Neuausrichtung des städt. Kinderheims Kannenhof	Die Notschlafstelle muss am gegenwärtigen Standort erhalten werden, der Förderverein und weitere Akteure sind einzubinden.	0	125.000	125.000	125.000	125.000			erledigt durch weitergehenden Antrag										
M174	51	Verw.-vorschlag		Optimierung der Abteilungsstruktur	Verlagerung der Aufgaben aus Abt. 6 auf Abt. 1 (Kostenerstattung, Kostenersatz und Zuschüsse) sowie auf Abt. 5 (Wirtschaftl. Jugendhilfe)	34.000	68.000	68.000	68.000	68.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M175	51	Verw.-vorschlag		Optimierung Steuerungs- und Serviceprozesse	Durch den Wegfall von internen Abstimmungsprozessen und Abbau von Formular- und Vorgehensformularen werden die sogenannten Overhead-Aufwendungen kontinuierlich verringert.	0	0	0	61.000	61.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M176	51	Verw.-vorschlag		Aufgabe Gebäude "Haus der Jugend Gräfrath" unter Fortführung der Aufgaben	Das Gebäude Schulstr. 2 soll aufgegeben werden. Die Angebote des "Hauses der Jugend Gräfrath" sollen beibehalten und an anderen Standorten (z. B. Schulen) fortgeführt werden.	0	0	0	155.000	155.000					1.531	69%	31%	271	79%	21%			
M176	51	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Aufgabe Gebäude "Haus der Jugend Gräfrath" unter Fortführung der Aufgaben	neue Bezeichnung: Offene Kinder- und Jugendarbeit in Gräfrath  Eine evt. spätere Verlagerung aus Gründen der Wirtschaftlichkeit darf nicht zu Einbußen der Qualität der Jugendarbeit in Gräfrath führen. Voraussetzung ist ein inhaltl., pädagog. u. räuml. Konzept, das vor einem Standortwechsel im JHA u. in der BV Gräfrath zu beraten ist. Bei Erstellung einer solchen Konzeption bitten wir die Nutzer der Einrichtung u. die Kooperationspartner, den Stadtbezirk umfassend zu beteiligen. Mögliche Veränderungen (z. B. Kooperation mit der HS Central, mobile Angebote Stadtteil) könnten anschließ. in eine Fortschreibung d. Kinder- und Jugendförderplans eingearbeitet werden.  Anm.: Einstimmig zustimmender Beschluss des JHA	0	0	0	155.000	155.000			einstimmig angenommen		mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv							

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegenstimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegenstimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)		
M177	52	Verw.-vorschlag		Reduzierung von Zuschüssen an den Eissport	Die Stadt Solingen bezuschusst die Eissport treibenden Vereine mit jährlich 120.000 EUR für 800 Hallenstunden. Dies bedeutet, dass ca. 325 Eissportler mit ca. 370 EUR pro Person bezuschusst werden. Bei einer Halbierung des Zuschusses kann das Angebot für Kinder und Jugendliche erhalten bleiben.	0	20.000	40.000	60.000	60.000					1.672	58%	42%	276	82%	18%	X	
M177	52	FBU zieltgleich: SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Reduzierung von Zuschüssen an den Eissport	Diese erneute Einspargröße würde dem Eishockeysport in unserer Stadt keine Chance für die Zukunft lassen. Wahrscheinlich steht damit die gesamte Zukunft dieser Sportart in Frage.	0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt		abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)									
M177	52	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Reduzierung von Zuschüssen an den Eissport			10.000	10.000	10.000	10.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, OB								
M177	52	FDP	Anpassung der Maßnahme	Reduzierung von Zuschüssen an den Eissport	Die maßvolle Reduzierung ist für den Eissport darstellbar, muss aber auf 30.000 EUR p.a. begrenzt werden	0	20.000	30.000	30.000	30.000	erledigt durch weitergehenden Antrag											
M178	52	Verw.-vorschlag		Revision des OTV-Vertrages	Die Revision des Vertrages zwischen der Stadt Solingen und dem Ohligser Turnverein führt zu Einsparpotentialen	0	50.000	50.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	CDU, FDP, OB								
M179	52	Verw.-vorschlag		Reduzierung von Zuschüssen nach den Sportförderrichtlinien und Stadtsportbund-Zuschuss	Der Stadtdienst Sport und Freizeit bezuschusst die Arbeit der Sportvereine und des Stadtsportbundes mit rd. 390.000 EUR (Zuschüsse nach den Sportförderrichtlinien). Die Zuschusshöhe soll um 40.000 EUR reduziert werden	0	40.000	40.000	40.000	40.000					1.334	40%	60%	271	58%	42%		
M179	52	FBU zieltgleich: SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Reduzierung von Zuschüssen nach den Sportförderrichtlinien und Stadtsportbund-Zuschuss		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt		SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP									
M179	52	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Reduzierung von Zuschüssen nach den Sportförderrichtlinien und Stadtsportbund-Zuschuss			15.000	15.000	15.000	15.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP, OB								
M180	52	Verw.-vorschlag		Erhöhung der Überlassungs-Entgelte für Sportstätten (außer Freisport)	Die Überlassungsentgelte für die Nutzung städt. Sportstätten (Ausnahme: Freisportanlagen) sollen erhöht werden. Damit werden künftig die Nutzer von Sporthallen und Freisportanlagen gleichermaßen belastet.	0	100.000	100.000	100.000	100.000					1.428	57%	43%	268	62%	38%	X	
M180	52	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Erhöhung der Überlassungs-Entgelte für Sportstätten (außer Freisport)	Für die Arbeit der Vereine und deren Jugendarbeit existenzgefährdend.	0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt		SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP	abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)								
M180	52	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Erhöhung der Überlassungs-Entgelte für Sportstätten (außer Freisport)	Änderung des Klammerzusatzes in: ohne Kunstrasen		30.000	30.000	30.000	30.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	teilw. CDU, FDP								
M180	52	FDP	Anpassung der Maßnahme	Erhöhung der Überlassungs-Entgelte für Sportstätten (außer Freisport)	Die Unterhaltung soll so weit wie eben möglich auf die Vereine übertragen werden. Die eingesparte Summe ist mit den Zuschüssen zu verrechnen, um die Vereine nicht unverhältnismäßig zu belasten.	0	100.000	100.000	100.000	100.000	erledigt durch weitergehenden Antrag											
M181	52	Verw.-vorschlag		Aufgabe Sportstadion Hermann-Löns-Weg (ohne Kunstrasen und Umkleiden)	Das Stadion am Hermann-Löns-Weg soll unter Erhalt des angrenzenden Kunstrasenplatzes aufgegeben werden. Das Stadion wird bisher fast ausschließlich für Spiele des FC Union Solingen genutzt. Für die rd. 20 Ligaspiele je Saison muss eine angemessene Ausweichspielstätte zur Verfügung gestellt werden (z. B. Jahnkampfbahn). Durch die Maßnahme kann ein Unterhaltungsaufwand von rd. 100.000 EUR eingespart werden. → s. a. Nr. 182 (SD 52)	0	100.000	100.000	100.000	100.000					1.617	83%	17%	271	77%	23%		

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SGAktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M181	52	BV Ohligs Aufderhöhe Merscheid	Empfehlung	Aufgabe Sportstadion Hermann-Löns-Weg (ohne Kunstrasen und Umkleiden)	Die Bezirksvertretung Ohligs/Aufderhöhe/Merscheid fasst mehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen (CDU, SPD) und 6 Enthaltungen (Grüne, BV Marquardt, FDP, BfS) folgenden Beschluss:  1. Der Sportausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Solingen folgende Beschlussfassung: 2. Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung: 3. Der Rat der Stadt Solingen stimmt dem Beschlusentwurf mit folgenden Änderungen bzw. Ergänzungen zu: "a) Nebenplatz u. Umkleidegebäude werden ebenfalls aufgegeben und vermarktet. b) Der aus Punkt a) zu erzielende Erlös wird ausnahmslos für den wegfällenden Spielort in eine neu zu errichtende Spielfläche mit dem dazugehörigen Umkleidegebäude, einem Sozialraum und Parkmöglichkeiten als Ersatz in Abstimmung mit den derzeitigen Nutzern des Nebenplatzes reinvestiert. Sollte der aus Punkt a) zu erzielende Erlös nicht ausreichen, so ist auch auf den aus dem Verkauf des gesamten Stadions zu erzielenden Erlös zurückzugreifen. c) Die Aufgabe des Nebenplatzes und Umkleidegebäudes sowie ein möglicher Abriss des Stadions haben erst zu erfolgen, wenn die Ersatzfläche spielbereit erstellt ist und ein d) Primär wird angestrebt, diese Ersatzfläche zusätzlich in d e) Vor einer endgültigen Entscheidung über einen Abriss der						zur Kenntnis genommen												
M181	52	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Aufgabe Sportstadion Hermann-Löns-Weg (ohne Kunstrasen und Umkleiden)		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP	abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)										
M181	52	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Aufgabe Sportstadion Hermann-Löns-Weg (ohne Kunstrasen und Umkleiden)	Die Ansätze der Verwaltung werden mitgetragen.  neue Bezeichnung: Aufgabe Sportstadion Hermann-Löns-Weg (mit Kunstrasen und Umkleiden)  Bei der Beschreibung der Maßnahme soll folgender Text ergänzt werden: Eine Vermarktung des Geländes soll erst nach der Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgen" Der FA bestätigt positiv den Beschluss der BV Ohligs. Der Beschluss wird bis auf 2 Anpassungen übernommen: 1. in Punkt b) wird das Wort "ausnahmslos" gestrichen 2. in Punkt e) wird der letzte Satz "Ebenso ist zuvor die Möglichkeit der Übertragung des Objektes auf Dritte zu prüfen." gestrichen	0	100.000	100.000	100.000	100.000	einstimmig angenommen		mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M181	52	CDU	Anpassung der Maßnahme	Aufgabe Sportstadion Hermann-Löns-Weg (ohne Kunstrasen und Umkleiden)	Der Rat der Stadt Solingen stimmt dem Beschlusentwurf mit folgenden Änderungen bzw. Ergänzungen zu: a) Nebenplatz u. Umkleidegebäude werden ebenfalls aufgegeben und vermarktet. b) Der aus Pkt a) zu erzielende Erlös wird ausnahmslos für den wegfällenden Spielort in eine neu zu errichtende Spielfläche mit dem dazugehörigen Umkleidegebäude, einem Sozialraum und Parkmöglichkeiten als Ersatz in Abstimmung mit den derzeitigen Nutzern des Nebenplatzes reinvestiert. Sollte der aus Pkt a) zu erzielende Erlös nicht ausreichen, so ist auch auf den aus dem Verkauf des gesamten Stadions zu erzielenden Erlös zurückzugreifen. c) Die Aufgabe des Nebenplatzes und Umkleidegebäudes sowie ein möglicher Abriss des Stadions haben erst zu erfolgen, wenn die Ersatzfläche spielbereit erstellt ist und ein rechtsgültiger Bebauungsplan für die aufgegebenen Flächen besteht. d) Primär wird angestrebt, diese Ersatzfläche zusätzlich in der Sportanlage Brabant unter zu bringen. Des weiteren wird die Verwaltung beauftragt, vorrangig für diesen Ort eine Planung mit einem meisterschaftstauglichen Spielfeld, mindestens e) Vor einer endgültigen Entscheidung über einen Abriss der	0	100.000	100.000	100.000	100.000	erledigt durch weitergehenden Antrag												

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SGAktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M182	52	Verw.-vorschlag		Vermarktung des Stadiongeländes am Hermann-Löns-Weg	Nach der Aufgabe des Stadions soll das Stadiongelände einschl. des Parkplatzes vermarktet werden. Die durch den Verkauf erzielten Erträge (geschätzt rd. 3 Mio. EUR) sollen zur Schuldentilgung eingesetzt werden und damit den Haushalt entlasten (reduzierte Zinsbelastung rd. 90.000 EUR). In dem dargestellten Einnahmepotential sind evtl. anfallende Kosten bereits berücksichtigt (z. B. Abbruchkosten). → s. a. Nr. 181 (SD 52)	0	0	500.000	2.500.000	90.000						2.027	82%	18%	267	78%	22%		
M182	52	BV Ohligs Aufderhöhe Merscheid	Empfehlung	Vermarktung des Stadiongeländes am Hermann-Löns-Weg	s. Beschluss zu M181						zur Kenntnis genommen												
M182	52	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Vermarktung des Stadiongeländes am Hermann-Löns-Weg		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP	abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)										
M182	52	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Vermarktung des Stadiongeländes am Hermann-Löns-Weg	s. Antrag zu M181	0	0	500.000	2.500.000	90.000	einstimmig angenommen		einstimmig angenommen										
M182	52	CDU	Anpassung der Maßnahme	Vermarktung des Stadiongeländes am Hermann-Löns-Weg	s. Antrag zu M181	0	0	500.000	2.500.000	90.000	erledigt durch weitergehenden Antrag												
M183	52	Verw.-vorschlag		Aufgabe/Überlassung Schießsportanlage Talsperrenstr.	Durch die Aufgabe der Schießsportanlage in Burg (Talsperrenstraße) bzw. eine Überlassung an Dritte kann ein Unterhaltungsaufwand von rd. 20.000 EUR eingespart werden.	0	20.000	20.000	20.000	20.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.427	95%	5%	273	92%	8%			
M183	52	BV Burg Höhscheid	Empfehlung	Aufgabe/Überlassung Schießsportanlage Talsperrenstr.	Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung zu prüfen, ob eine Übertragung der Schießanlage an die Vereine, die die Anlage derzeit nutzen, möglich ist. Vor Übergabe an die Vereine sollen die nicht mehr genutzten Umkleiden abgebaut werden.						zur Kenntnis genommen												
M184	52	Verw.-vorschlag		Aufgabe/Überlassung "Kanuheim" Heiler Kotten	Durch die Aufgabe des Kanuheimes an der Wupper (Heiler Kotten) bzw. eine Überlassung an Dritte kann der bisherige Unterhaltungsaufwand eingespart werden.	0	0	0	5.000	5.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.309	89%	11%	268	81%	19%			
M185	52	Verw.-vorschlag		Aufgabe Turnhalle Gillicher Str. oder (erhebl.) Sanierungsbeteiligung des TSV Aufderhöhe	Die Turnhalle Gillicher Straße (Aufderhöhe) ist in starkem Maße sanierungsbedürftig. Das Gebäude soll aufgegeben werden, wenn nicht eine erhebliche Sanierungsbeteiligung Dritter (TSV Aufderhöhe) erreicht werden kann. Für das in dem Gebäude vorgesehene "Schulturnen" können Ausweichmöglichkeiten in anderen Turnhallen zur Verfügung gestellt werden.	0	30.000	30.000	30.000	30.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.432	82%	18%	267	77%	23%			
M185	52	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Aufgabe Turnhalle Gillicher Str. oder (erhebl.) Sanierungsbeteiligung des TSV Aufderhöhe		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, CDU, FDP	abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)										
M186	52	Verw.-vorschlag		Bedarfsgerechte Anpassung des Pflegestandards Spiel- und Bolzplätze	Durch den Stadtdienst Sport und Freizeit werden zur Zeit rund 140 Spiel- und Bolzplätze betreut. Der bisherige Unterhaltungs- und Pflegeaufwand (rd. 750.000 EUR jährlich) soll bis 2013 um 50.000 EUR sinken; s. a. Drucks.-Nr. 4158 (Sportausschuss)	0	25.000	25.000	50.000	50.000			abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)		1.371	63%	37%	268	58%	42%	X		
M186	52	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Bedarfsgerechte Anpassung des Pflegestandards Spiel- und Bolzplätze		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP											
M186	52	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Bedarfsgerechte Anpassung des Pflegestandards Spiel- und Bolzplätze	Bei der Beschreibung der Maßnahme soll folgender Text ergänzt werden: "Priorität bei der Erfüllung dieser Maßnahme haben Verträge mit Vereinen und Bürgern"	0	0	0	25.000	25.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	teilw. CDU, SG-Aktiv									
M186	52	FBU	Anpassung der Maßnahme	Bedarfsgerechte Anpassung des Pflegestandards Spiel- und Bolzplätze	Spiel- und Bolzplätze sind in unserer Stadt unverzichtbar. Die ursprüngliche Einsparung hält die FBU für zu hoch und sie sieht die Gefahr, dass in diesen Bereichen zu viele Flächen dauerhaft verloren gehen.	0	25.000	25.000	25.000	25.000	erledigt durch weitergehenden Antrag												
M187	52	Verw.-vorschlag		Turnhalle Adolf-Clarenbach-Str. (WMTV); Vertragsneugestaltung	Die Revision des Vertrages zwischen der Stadt Solingen und dem Wald-Merscheider Turnverein führt zu Einsparpotenzialen.	0	25.000	25.000	25.000	25.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M188	52	Verw.-vorschlag		Aufgabe Hallenbad Ohligs	Nach Abschluss des Klängenbad-Ausbaus wird das Hallenbad Ohligs aufgegeben	0	398.000	398.000	398.000	398.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SGaktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag		
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)				
M188	52	DIE LINKE	Streichung der Maßnahme	Aufgabe Hallenbad Ohligs	Das Hallenbad Ohligs wird im hohem Maße durch Schulen und Vereine genutzt und ist zur Sicherstellung eines dezentralen Schwimmangebotes unverzichtbar.	0	0	0	0	0	mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BFS, CDU, FDP												
M188	52	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Aufgabe Hallenbad Ohligs		0	0	0	0	0			abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)											
M189	52	Verw.-vorschlag		Übertragung Birker-Bad	Durch die Übertragung des Birker-Bades an die Lebenshilfe sinkt der Zuschussbedarf für die Stadt Solingen (Nettoeffekt unter Berücksichtigung des "Ankaufs" von Schwimmzeiten)	0	218.000	218.000	218.000	218.000			einstimmig angenommen											
M190	52	Verw.-vorschlag		Klingenbad (energetisch und Besuchersteigerung)	Durch die z. Z. laufenden energetische Sanierungsarbeiten und die Erweiterung des Klingenbades soll der Zuschussbedarf reduziert werden.	0	0	110.000	110.000	110.000			einstimmig angenommen											
M191	52	Verw.-vorschlag		Schließung des Heidebades	Das Heidebad soll geschlossen werden.	0	0	163.000	163.000	163.000			keine Abstimmung, da lt. FA-Beschluss gestrichen		1.756	34%	66%	272	44%	56%				
M191	52	SPD B90/Grüne BFS zielgleich: SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Schließung des Heidebades		0	0	0	0	0	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	keine Abstimmung, da lt. FA-Beschluss gestrichen											
M191	52	CDU	Anpassung der Maßnahme	Schließung des Heidebades	neuer Titel: Erhalt des Heidebades als Naturbad  Die Verwaltung wird aufgefordert, zu überprüfen, 1. ob und unter welchen Bedingungen das Heidebad in Form eines Naturbades erhalten bleiben kann und welcher Zuschussbedarf im Falle einer derartigen Fortführung verbleiben würde und 2. ob eine Übertragung des Bades auf einen Dritten möglich wäre.  Begründung: Die CDU-Fraktion will das beliebteste Solinger Freibad auch weiterhin erhalten. Sie geht davon aus, dass durch Umwandlung des Bades der Zuschussbedarf um etwa die Hälfte sinken könnte. Die zur bisherigen Einsparvorgabe verbleibende Differenz soll durch Realisierung der Maßnahmen S 002 und S 008 erwirtschaftet werden.	0	0	78.000	78.000	78.000	erledigt durch weitergehenden Antrag												(X)	
M191	52	FDP	Wiederaufnahme der Maßnahme	Schließung des Heidebades	Die Schließung des Heidebades ist vertretbar, da die Solinger Bäderlandschaft mit dem Ittertal über ein attraktives Freibad verfügt und mit der Restrukturierung ein ausreichendes Angebot zur Verfügung steht.	0	0	163.000	163.000	163.000			abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)											
M192	52	Verw.-vorschlag		Erhöhung Überlassungsentgelte Schwimmvereine	Analog der Erhöhung der Benutzungsentgelte für Sporthallen sollen auch die von den Schwimmvereinen zu tragenden Überlassungsentgelte erhöht werden.	0	15.000	15.000	15.000	15.000					1.302	56%	44%	266	54%	46%		X		
M192	52	SPD B90/Grüne BFS	Anpassung der Maßnahme	Erhöhung Überlassungsentgelte Schwimmvereine		0	5.000	5.000	5.000	5.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, OB										
M192	52	FDP	Anpassung der Maßnahme	Erhöhung Überlassungsentgelte Schwimmvereine	Die Unterhaltung soll so weit wie eben möglich auf die Vereine übertragen werden. Die eingesparte Summe ist mit den Zuschüssen zu verrechnen, um die Vereine nicht unverhältnismäßig zu belasten.	0	15.000	15.000	15.000	15.000	erledigt durch weitergehenden Antrag													
M193	52	Verw.-vorschlag		Schließung und Vermarktung des Hallenbades Vogelsang	Nach Übertragung des Birkerbades soll das Hallenbad Vogelsang geschlossen und vermarktet werden. Das Einsparpotential resultiert aus dem derzeitigen Zuschussbedarf. Ein Gewinn aus dem Verkauf kann voraussichtlich nicht erzielt werden.	0	0	400.000	800.000	800.000					1.881	32%	68%	267	37%	63%		X		
M193	52	BV Wald	Empfehlung	Schließung und Vermarktung des Hallenbades Vogelsang	Einer Schließung des Hallenbades Vogelsang kann momentan aufgrund der vielen Unsicherheitsfaktoren in der Weiterentwicklung der Bäderlandschaft nicht zugestimmt werden. Bisher liegt kein schlüssiges Bäderkonzept vor; die "Klingehalle" steht der Bevölkerung nicht zur Verfügung und die Zukunft der "Birkerstraße" ist ungewiss.						zur Kenntnis genommen													

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag		
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)				
M193	52	FBU	Streichung der Maßnahme	Schließung und Vermarktung des Hallenbades Vogelsang	Das Hallenbad Vogelsang muss als öffentliches Bad erhalten bleiben.	0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP												
M193	52	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Schließung und Vermarktung des Hallenbades Vogelsang	neue Bezeichnung: Betriebs- und Personalkostenoptimierung Hallenbad Vogelsang	0	100.000	100.000	100.000	100.000	mehrheitlich angenommen	CDU	mehrheitlich angenommen	CDU, teilw. FDP										
M193	52	FDP	Streichung der Maßnahme	Schließung und Vermarktung des Hallenbades Vogelsang	Das Hallenbad Vogelsang ist für die Bäderlandschaft von essentieller Bedeutung, eine Schließung ist daher abzulehnen.	0	0	0	0	0			abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)											
M194	56	Verw.-vorschlag		Konsolidierung von Verwaltungsaufgaben im Stadtdienst	mögliche Personalreduzierung bei Zusammenlegung des Dienstes (Psychologische Dienste) mit dem SD 51	0	43.000	43.000	43.000	43.000			einstimmig angenommen											
M195	57	Verw.-vorschlag		Reduzierung freiwilliger Zuschüsse (Integrationsbeauftragte / RAA)	Dem Zuwanderer- und Integrationsrat stehen für die Unterstützung von Vereinen und Verbänden sowie zur Förderung von Projekten und Initiativen für Integrationsmaßnahmen insgesamt ca. 25.000 EUR pro Jahr zur Verfügung. Diese Mittel sollen um 10.000 EUR gekürzt werden.	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000					1.254	74%	26%	270	69%	31%		X		
M195	57	SPD B90/Grüne BfS zielgleich: SG-Aktiv FBU	Streichung der Maßnahme	Reduzierung freiwilliger Zuschüsse (Integrationsbeauftragte / RAA)		0	0	0	0	0	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	keine Abstimmung, da lt. FA-Beschluss gestrichen											
M196	61	Verw.-vorschlag		Reduzierung der generellen Planung im Bereich Mobilität	Insgesamt erfolgt durch den Abbau einer 0,5 Stelle (Verteilung auf insgesamt 9 Arbeitsplätze) eine Anpassung der Entwicklungs- und Investitionsmöglichkeit.	0	0	0	25.000	25.000			einstimmig angenommen											
M197	61	Verw.-vorschlag		Reduzierung Sachaufwand Straßenunterhaltung	Der für die Straßenunterhaltung einzusetzende Sachaufwand soll schrittweise reduziert werden. Möglichkeiten der Umsetzung müssen konzeptionell im Rahmen eines Projektes erarbeitet werden.	50.000	100.000	150.000	250.000	250.000			einstimmig angenommen		1.524	23%	77%	266	32%	68%		X		
M197	61	DIE LINKE	Streichung der Maßnahme	Reduzierung Sachaufwand Straßenunterhaltung	Die vorgeschlagene Maßnahme ist kontraproduktiv, da sie zu einer weiteren Verschlechterung der Straßensubstanz und letztlich zu erhöhtem Vermögensverzehr führt.	0	0	0	0	0	mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, CDU, FDP												
M198	61	Verw.-vorschlag		Reduzierung öffentlicher Anteil Straßenreinigung	Es handelt sich um eine Maßnahme des "Alt-HSK", die sich bereits in der Umsetzung befindet. → s. a. GPA Fi 31ff	340.000	340.000	340.000	340.000	340.000			einstimmig angenommen											
M199	61	Verw.-vorschlag		Straßenbeleuchtung: Reduzierung Brenndauer und Einsatz Energiesparleuchtmittel	Es handelt sich um eine Maßnahme des "Alt-HSK", die sich bereits in der Umsetzung befindet. → s. a. GPA IN 22	340.000	340.000	340.000	340.000	340.000														
M199	61	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Straßenbeleuchtung: Reduzierung Brenndauer und Einsatz Energiesparleuchtmittel	Die Bezeichnung und die Ansätze der Verwaltung werden mitgetragen. Bei der Beschreibung der Maßnahme soll jedoch folgender Text ergänzt werden: "Eine Reduzierung der Straßenbeleuchtung in Gewerbegebieten sollen ebenfalls zur Erfüllung dieser Maßnahme beitragen"  Ergänzung um den urspr. CDU-Antrag: Die Verwaltung wird aufgefordert, zu prüfen, ob bereits durch den Einsatz von Sparleuchten, Reduzierung der Brenndauer bzw. Einrichtung einer intelligenten Schalltechnologie Einspareffekte in Höhe des HSK-Zieles erreicht werden können, ohne auf (teilweises) Abschalten der Beleuchtung in Außenbezirken zurückgreifen zu müssen. Das Prüfergebnis ist auch der BV Burg/Höhscheid mitzuteilen.	340.000	340.000	340.000	340.000	340.000	einstimmig angenommen		einstimmig angenommen											
M200	61	Verw.-vorschlag		Kreisverkehr statt Ampeln	Mittelfristig müssen 15 Lichtsignalanlagen im Solinger Stadtgebiet planmäßig ausgetauscht werden. Dabei findet eine Überprüfung statt, ob es an den Verkehrsstellen weiterhin einer Verkehrsregelung bedarf. Sollte dies der Fall sein, wird als Alternative zur Lichtsignalanlage die Errichtung eines Kreisverkehrs geprüft. Sollte sich der Kreisverkehr als technisch machbar und als im Vergleich zur Lichtsignalanlage wirtschaftlichere Alternative darstellen, käme an der Stelle ein Kreisverkehr in Betracht.	0	20.000	30.000	50.000	50.000			einstimmig angenommen		1.658	95%	5%	276	91%	9%				



HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegenstimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegenstimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M201	61	Verw.-vorschlag		Ausweitung Parkraumbewirtschaftung	Aus der alten HSK-Maßnahme "Ausweitung Parkraumbewirtschaftung" wurde die Änderung der Brötchentaste bereits realisiert. Offen ist derzeit noch die Einführung der Parkraumbewirtschaftung für z. B. Weyersberg, Schützenplatz, Hindenburgplatz, Theaterparkplatz, Parkflächen für städt. Bedienstete.	100.000	200.000	300.000	400.000	400.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.666	62%	38%	274	53%	47%			
M201	61	DIE LINKE	Streichung der Maßnahme	Ausweitung Parkraumbewirtschaftung	Die geplante Maßnahme würde zahlreiche Bürger, darunter Mitarbeiter der Stadt, Schüler, Mitglieder von Sportvereinen, aber auch den Einzelhandel in den Stadtteilen, belasten bzw. zu Attraktivitätsverlusten führen.	0	0	0	0	0		mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BFS, CDU, FDP										
M201	61	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Ausweitung Parkraumbewirtschaftung	Die geplante Maßnahme würde zahlreiche Bürger, darunter Mitarbeiter der Stadt, Schüler, Mitglieder von Sportvereinen, aber auch den Einzelhandel in den Stadtteilen, belasten bzw. zu Attraktivitätsverlusten führen.	0	0	0	0	0		es, Antrag DIE LINKE		abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)									
M201	61	CDU	Anpassung der Maßnahme	Ausweitung Parkraumbewirtschaftung	Der Rat der Stadt Solingen stimmt der Maßnahme wie vorgeschlagen zu, jedoch mit folgenden Ergänzungen: 1. Die Verwaltung wird aufgefordert, zu überprüfen bzw. darzustellen, welche Flächen im Solinger Stadtgebiet für eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung bzw. Anpassung von Parkgebühren geeignet sind, um die von der Verwaltung vorgeschlagene Einnahmeerhöhung sowie die hier beantragte weitere Erhöhung der Einnahmenvorgabe um jährlich 100.000 Euro ab 2011 zu erwirtschaften. 2. Die Verwaltung wird in diesem Zusammenhang insbesondere aufgefordert, zu prüfen, ob und an welchen Orten rund um den Solinger Hauptbahnhof in Ohligs die sachlichen und rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen, Anwohnerparkzonen oder sonstige geeignete Bewirtschaftungsmaßnahmen einzurichten. Weiterhin soll die Frage beantwortet werden, ob eine entsprechende Umsetzung noch zum Jahreswechsel 2010/2011 möglich ist bzw. in welchem zeitlichen Rahmen dies geschehen könnte. 2. Auf dem Parkplatz "Weyersberg" werden erst ab Fertigstellung des sog. "Hofgarten" Parkgebühren erhoben.  gültig ist Textfassung vom 30.06.2010	100.000	300.000	400.000	500.000	500.000		mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BFS, LINKE, FDP										
M201	61	FDP	Anpassung der Maßnahme	Ausweitung Parkraumbewirtschaftung	Es ist ein Gesamtkonzept zu erstellen, in welchem die Brötchentaste erhalten bleibt, ein Parkleitsystem installiert wird, attraktive Tageskonditionen angeboten werden und bisher nicht bewirtschaftete Flächen Erträge generieren.	100.000	200.000	300.000	400.000	400.000		mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BFS										
M202	61	Verw.-vorschlag		vollständige Abschaffung Brötchentaste	Das an den Parkautomaten derzeit vorhandene System der "Brötchentaste" (eine Viertelstunde kostenlos parken, um kurze Einkäufe zu erledigen) soll vollständig entfallen. → s. a. Nr. 201 (SD 61)	0	100.000	100.000	100.000	100.000				keine Abstimmung, da lt. FA-Beschluss gestrichen	1.663	32%	68%	273	37%	63%			
M202	61	CDU zieltgleich: FDP SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	vollständige Abschaffung Brötchentaste	Die Brötchentaste hat sich bei Handel und Bürgern sehr bewährt. Die Einnahmever schlechterung durch Streichung der Maßnahme ist aus Sicht der CDU durch eine Anhebung der Maßnahme 201 um den gleichen Betrag zu kompensieren.  <u>Anmerkung:</u> Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt (Gegenstimmen von SPD, B90/Grüne, BFS, LINKE); der Verwaltungsvorschlag wurde jedoch ebenfalls mehrheitlich abgelehnt (Gegenstimmen von CDU, FDP, LINKE) und damit im HSK gestrichen.	0	0	0	0	0		mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BFS, LINKE										
M203	61	Verw.-vorschlag		Senkung Planungskosten Verkehrsmodell	Verzicht auf den Betrieb eines Verkehrsmodells mittels eigener Software und eigenem Personaleinsatz	0	10.000	10.000	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M204	61	Verw.-vorschlag		Reduzierung spezieller Planungsvorhaben	Insgesamt erfolgt durch den Abbau von 2 Stellen (Verteilung auf insgesamt 9 Arbeitsplätze) eine Anpassung der Entwicklungs- und Investitionsmöglichkeit.	0	0	0	152.000	152.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M205	61	Verw.-vorschlag		Standardabsenkung ÖPNV	Auf der Grundlage der durchgeführten und ausgewerteten Verkehrszählung können Leistungskürzungen (z. B. Änderungen der Taktzeiten und Linienverkürzungen insbesondere in Randzeiten, Sommerferienplan) vorgenommen werden, die im Nahverkehrsplan durch den Rat zu beschließen sind.	0	250.000	500.000	750.000	750.000					1.706	48%	52%	262	62%	38%	X	X	
M205	61	BV Wald	Empfehlung	Standardabsenkung ÖPNV	Die BV Wald spricht sich aus sozialpolitischen und umweltpolitischen Gründen gegen weitere Einsparungen beim ÖPNV aus.								zur Kenntnis genommen										

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegenstimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegenstimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag		
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)				
M205	61	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Standardabsenkung ÖPNV		0	0	0	0	0	mehrheitlich abgelehnt		abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)											
M205	61	SPD B90/Grüne BFS	Anpassung der Maßnahme	Standardabsenkung ÖPNV	neue Bezeichnung: Zukunftsgerechte Weiterentwicklung des ÖPNV durch Attraktivierung, Einnahmeverbesserung und Optimierung  neuer Text: Auf Grundlage der durchgeführten und ausgewerteten Verkehrszählung können nachfrage-orientierte Anpassungen vorgenommen werden, die im Nahverkehrsplan durch die entsprechenden Gremien und den Rat zu beschließen sind. Außerdem sollen Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmesituation geprüft und durchgeführt werden. Der ÖPNV ist auch vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Veränderungen und unter Berücksichtigung technischer und konzeptioneller Innovationen weiterzuentwickeln.	0	75.000	125.000	200.000	200.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP, OB										
M205	61	FBU	Anpassung der Maßnahme	Standardabsenkung ÖPNV		0	250.000	350.000	400.000	400.000	erledigt durch weitergehenden Antrag													
M206	61	Verw.-vorschlag		Wegfall "Tag des Denkmals"	Mit dem (bundesweit durchgeführten) "Tag des offenen Denkmals" wird die Bevölkerung für die Bedeutung des kulturellen Erbes sensibilisiert und das Interesse an der Denkmalpflege geweckt. An diesem Tag werden die Bürgerinnen und Bürger rund um das Thema "Denkmalschutz und Denkmalpflege" informiert und beraten. Die Unterstützung durch die Stadt (Personal, Flyer ...) soll entfallen.	0	10.000	10.000	10.000	10.000						1.413	88%	12%	274	77%	23%	X		
M206	61	SPD B90/Grüne BFS	Anpassung der Maßnahme	Wegfall "Tag des Denkmals"	neue Bezeichnung: Kostenreduktion Tag des Denkmals	0	5.000	5.000	5.000	5.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M207	61	Verw.-vorschlag		Optimierung Steuerungs- und Serviceprozesse	Durch den Wegfall von internen Abstimmungsprozessen und Abbau von Formular- und Vorgehensformularen werden die sogenannten Overhead-Aufwendungen kontinuierlich verringert.	0	45.000	45.000	45.000	45.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M208	61	Verw.-vorschlag		Erhöhung des Bürgeranteils an den Straßenbaubeiträgen	Für die Erneuerung und Verbesserung von Straßen, Wegen und Plätzen muss die Stadt nach dem Kommunalabgabengesetz Straßenbaubeiträge erheben. Es handelt sich nicht um eine laufende Jahresgebühr (wie z. B. bei der Grundsteuer oder der Müllbeseitigung), sondern um eine einmalige Beteiligung an den Kosten der Baumaßnahmen. Die Höhe der Kostenbeteiligung wird individuell berechnet.  Da die bisherigen Solinger Beiträge im unteren der rechtlich möglichen Bandbreite liegen, soll eine Anhebung dieser Sätze erfolgen.	0	0	86.000	86.000	86.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.480	17%	83%	268	38%	62%	X			
M209	62	Verw.-vorschlag		Einrichtung eines Projektes "Vermessung SG 2013"	Ziel: zunächst Neuvermessung der schlechten Katasterdaten im Stadtgebiet (rd. 50 %) mit 2 zusätzlichen Messtrupps. Hierfür sofortige Einstellung eines Verm.-Ing. (3 Verm.-Ing. verlassen die Stadt bis 2014), befristet 3 PEM-Stellen sowie Anschaffung des geplanten PKW und der Vermessungsgeräte. Nach der Aktualisierung der Katasterdaten kann die Anzahl der Messtrupps dauerhaft reduziert werden.	-50.000	-50.000	100.000	312.000	312.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M210	62	Verw.-vorschlag		Einnahmesteigerung bei Auskünften aus dem Liegenschaftskataster	Auskünfte aus dem Liegenschaftskataster sollen in Abhängigkeit mit gesetzlichen Vorschriften künftig teurer werden.	0	10.000	10.000	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.181	87%	13%	269	80%	20%				
M211	62	Verw.-vorschlag		Ablösung der alten IT-Verfahren ALK und ALB im Wege einer Software-Einführung (Ersatz durch ALKIS)	Errechnete bzw. abgestimmte Personalreduzierung.	0	60.000	120.000	120.000	120.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M212	62	Verw.-vorschlag		Einnahmesteigerung durch Gebühren-Verdoppelung bei Vergabe/Änderung von Hausnummern	Die Gebühren für die Vergabe bzw. Änderung von Hausnummern sollen verdoppelt werden (z. Z. 25 EUR/Bescheid)	5.000	10.000	10.000	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.278	87%	13%	270	81%	19%				
M213	62	Verw.-vorschlag		Stellenreduzierung nach Abschluss GDI-Projekt	Stelleninhabern beschäftigt bis 2012 (Ende Projekt)	0	0	0	46.000	46.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M214	62	Verw.-vorschlag		Einnahme-Generierung für die Bereitstellung von Geo-Informationen für Dritte	Die Gebühren für Auskünfte aus dem Geodaten-Kataster, Verkauf von Kartenmaterial u. ä. sollen erhöht werden.	0	0	0	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.228	92%	8%	270	89%	11%				
M215	62	Verw.-vorschlag		Reduzierung des Spektrums bei der Grundstückwertermittlung	Stellenreduzierung von 0,5 Stellen durch die Abschlusseinführung von NKf.	0	34.000	34.000	34.000	34.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M216	62	Verw.-vorschlag		Optimierung Steuerungs- und Serviceprozesse	Durch den Wegfall von internen Abstimmungsprozessen und Abbau von Formular- und Vorgehensformularen werden die sogenannten Overhead-Aufwendungen kontinuierlich verringert.	0	0	0	70.000	70.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M217	63	Verw.-vorschlag		Senkung Servicestandards bei der Bauantragsbearbeitung	Durch die Reduzierung werden gegebenenfalls die "normalen" Bauanträge längere Bearbeitungszeiten haben. Dies betrifft jedoch nicht die "schnelle" Baugenehmigung.	68.000	52.000	119.000	135.000	135.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.356	80%	20%	275	79%	21%			
M218	63	Verw.-vorschlag		Ertragssteigerung durch Anpassung der "Gebührenordnung" (Bauaufsicht)	Die Gebührenordnung der Bauaufsicht (Baugenehmigungen, Nutzungsänderungen usw.) soll im rechtlich zulässigen Rahmen angehoben werden.	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.248	81%	19%	267	76%	24%			
M219	63	Verw.-vorschlag		Anpassung des Bußgeld-"Kataloges" und Standardisierung der Anwendung		5.000	5.000	5.000	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M220	63	Verw.-vorschlag		Standardreduzierung bei Ordnungswidrigkeitenverfahren	Stellenreduzierung um insgesamt 1,0 Stellen.	0	0	43.000	43.000	43.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M221	63	Verw.-vorschlag		Modernisierung der Baugenehmigungs-Anwendung	Die über 10 Jahre alte Baugenehmigungs-Anwendung soll durch ein zeitgemäßes System ersetzt werden, das sowohl den Bürgerservice (Beschleunigung) als auch den Steuerungsbereich optimiert (Geschätzter Invest wird über jährliche Pauschalen über civitec abgewickelt)	0	-10.000	-10.000	-4.000	-4.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M222	63	Verw.-vorschlag		Optimierung Steuerungs- und Serviceprozesse	Durch den Wegfall von internen Abstimmungsprozessen und Abbau von Formular- und Vorgehensformularen werden die sogenannten Overhead-Aufwendungen kontinuierlich verringert.	0	0	0	26.000	26.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M223	64	Verw.-vorschlag		Prozessoptimierung und Bedarfsanpassung im Stadtdienst		0	87.000	87.000	130.000	130.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M224	67	Verw.-vorschlag		Ertragssteigerung durch Beteiligung an Nebenkosten (Kleingärtner)	Durch Anpassung des Generalpachtvertrages soll der Stadtverband der Kleingärtner (rd. 2.000 Kleingärten) an den gestiegenen Kosten beteiligt werden (z. B. Niederschlagsverrieselungsgebühr, Straßenreinigung etc.)	0	10.000	10.000	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.291	88%	12%	270	74%	26%			
M224	67	CDU zieltgleich: SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Ertragssteigerung durch Beteiligung an Nebenkosten (Kleingärtner)	Die Kleingärtner haben bereits in der Vergangenheit Anstrengungen unternommen, um die Stadt finanziell zu entlasten. Eine weitere Belastung wäre kontraproduktiv. Die durch Streichung der Maßnahme entfallende Einsparvorgabe ist aus Sicht der CDU durch entsprechende Erhöhung der Maßnahme 227 zu kompensieren (siehe dort).	0	0	0	0	0	mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE											
M225	67	Verw.-vorschlag		Reduzierung der Grünflächenpflege	Es ist beabsichtigt, den Aufwand für die Unterhaltung von Grünflächen der Stadt zu reduzieren. Dies kann z. B. durch Umwandlung, Nutzungsänderungen, Verkauf (ca. 80 Grünflächen mit ca. 8 ha) bzw. Standardabsenkung bei den Unterhaltungsaufwendungen erreicht werden.	150.000	250.000	330.000	330.000	330.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.618	65%	35%	274	56%	44%			
M225	67	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Reduzierung der Grünflächenpflege		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP											
M226	67	Verw.-vorschlag		Müllbeseitigung in städt. Grünanlagen	Die Müllbeseitigung in den städt. Grünanlagen wird von den Entsorgungsbetrieben wahrgenommen. Die Kosten dafür betragen 300.000 EUR. Der städt. Aufwand soll durch eine Standardabsenkung (seltener reinigen) bzw. eine schrittweise Einbeziehung in die Gebührenberechnung auf die Einwohner umgelegt werden.	50.000	100.000	100.000	100.000	100.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.427	30%	70%	265	40%	60%	X		
M226	67	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Müllbeseitigung in städt. Grünanlagen		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP											
M227	67	Verw.-vorschlag		Darstellung "Holzverkauf" als Ertrag	Der Holzverkauf wurde bisher investiv dargestellt. Durch eine Ausweisung als Ertrag kann eine Verbesserung des Ergebnishaushaltes erreicht werden (Potentialermittlung: Einnahmen aus Holzverkauf 150 TEUR ./ 25 TEUR Pflanzenkauf)	125.000	125.000	125.000	125.000	125.000													
M227	67	CDU	Anpassung der Maßnahme	Darstellung "Holzverkauf" als Ertrag	Eine Einnahmesteigerung ab dem Jahr 2011 um weitere 10.000 Euro auf die nunmehr vorgeschlagene Einnahmeverbesserung von jährlich 135.000 ist realistisch. Die Erhöhung ist aus Sicht der CDU vollständige Kompensation der Streichung von Maßnahme 224.	125.000	135.000	135.000	135.000	135.000	einstimmig angenommen		mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M228	67	Verw.-vorschlag		Senkung von Sach- und Betriebsausgaben im Rahmen der Bergischen Kooperation	Durch eine gemeinsame Beschaffung von Betriebsmitteln und Maschinen können in der Bergischen Forstkooperation Kostenvorteile erreicht werden.	20.000	40.000	40.000	40.000	40.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M229	67	Verw.-vorschlag		Mehrerlöse im Holzverkauf im Rahmen der Bergischen Kooperation	Durch den gemeinsamen Holzverkauf in der Bergischen Forstkooperation lassen sich höhere Erlöse generieren.	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M230	67	Verw.-vorschlag		Senkung des Standards im Bereich Wald- und Biotoppflege	Reduzierung um 1,0 Stellen Forstgehilfen	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M231	67	Verw.-vorschlag		Aufhebung der Baumschutzsatzung	Die Baumschutzsatzung der Stadt Solingen dient dem Schutz des Baumbestandes. In der Satzung ist z. B. geregelt, welche Bäume gefällt werden dürfen. Dadurch soll unter anderem die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes sichergestellt werden. Durch die Aufhebung der Satzung können Personalanteile, die bisher u. a. mit der Prüfung von "Fällgenehmigungen" befasst waren, entfallen.	0	54.000	54.000	54.000	54.000						1.432	67%	33%	279	64%	36%	X	
M231	67	BV Burg Höhscheid	Empfehlung	Aufhebung der Baumschutzsatzung	Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, die Baumschutzsatzung zu erhalten. Um Personalkosten einzusparen, bittet sie die Verwaltung zu prüfen, ob das in der Satzung vorgesehene Prüfverfahren auf Dritte, wie z. B. die Biologischen Stationen, übertragen werden kann.								zur Kenntnis genommen										
M231	67	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Aufhebung der Baumschutzsatzung		0	0	0	0	0			einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP									
M231	67	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Aufhebung der Baumschutzsatzung	neue Bezeichnung: Anpassung der Baumschutzsatzung	0	10.000	10.000	10.000	10.000			mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP, OB							
M231	67	CDU	Anpassung der Maßnahme	Aufhebung der Baumschutzsatzung	neuer Titel: Übertragung der Überwachung der Einhaltung der Baumschutzsatzung  Antrag: Die Verwaltung wird aufgefordert, zu ermitteln, ob das Prüfungsverfahren bei Fällgenehmigungen von Dritten übernommen werden und ob das Einsparziel auch durch Gebühren für Begutachtung und Bescheidung gedeckt werden kann.  Begründung: Die Baumschutzsatzung der Stadt Solingen dient dem Schutz des Baumbestandes und der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes. Die CDU-Fraktion will den sinnvollen Zweck der Baumschutzsatzung bei Beibehaltung der Einsparvorgabe (Wegfall der bisherigen Personalanteile in der Verwaltung) erhalten.	0	54.000	54.000	54.000	54.000			erledigt durch weitergehenden Antrag										
M231	67	FDP	Wiederaufnahme der Maßnahme	Aufhebung der Baumschutzsatzung	Die Aufhebung der Baumschutzsatzung ist vertretbar, da nicht davon auszugehen ist, dass die eigenverantwortlich handelnden Bürger/innen in der Folge massive Eingriffe in den Baumbestand vornehmen. Dieses wird durch die Erfahrungen vieler Kommunen bestätigt, welche die Baumschutzsatzung bereits aufgehoben haben.	0	54.000	54.000	54.000	54.000			abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)										
M232	67	Verw.-vorschlag		Wegfall der Umweltberatung für Unternehmen (Wasser und Immissionen)	Der Standard der betrieblichen Umweltberatung wird reduziert.	0	16.000	16.000	16.000	16.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.231	37%	63%	272	71%	29%	X		
M232	67	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Wegfall der Umweltberatung für Unternehmen (Wasser und Immissionen)		0	0	0	0	0			einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP									
M233	67	Verw.-vorschlag		Standardabsenkung in der Umweltverwaltung	Durch Verlängerung von Antragszeiten und Überwachungszeiten sowie Arbeitsverdichtung wird 1 Stelle eingespart.	0	67.000	67.000	67.000	67.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.238	70%	30%	271	80%	20%			
M233	67	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Standardabsenkung in der Umweltverwaltung		0	0	0	0	0			einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP									

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag	
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)			
M234	67	Verw.-vorschlag		Standardabsenkung Umweltschutzbehörde	Durch Personalabbau ist mit der Verlängerung der Antrags- und Überwachungsbearbeitungszeiten für die tangierten Unternehmen zu rechnen. Hierbei werden die Kosten der Stadt auf die beratenden Unternehmen verlagert, da diese Leistungen durch die Unternehmen zum Teil bei Dritten eingekauft werden müssen. Insbesondere werden Beratungsgespräche für die techn. Bereiche Abwasser, Abfall und Immissionsschutz in Hinblick auf umweltrelevante und gesetzlich geforderte Maßnahmen geführt.	0	0	73.000	73.000	73.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv	1.287	61%	39%	262	75%	25%			
M234	67	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Standardabsenkung Umweltschutzbehörde		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP											
M235	67	Verw.-vorschlag		Reduzierung im Bereich Agenda-Geschäftsstelle	Seit 1992 ist Solingen Mitglied im Klimabündnis. Am 04.09.1997 beschloss der Rat die Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 für Solingen und richtet eine Agenda-Geschäftsstelle ein. Ein Jahr später trat Solingen nach einstimmigem Beschluss der Charta von Aalborg bei. 2003 wurde Solingen als klimaeffiziente Stadt mit dem "European Energy Award" zertifiziert. Durch die Reduzierung von Personal in diesem Bereich ist die Arbeit der Agenda-Geschäftsstelle nur noch eingeschränkt möglich.	26.000	26.000	26.000	26.000	26.000			keine Abstimmung, da lt. FA-Beschluss gestrichen										
M235	67	SPD B90/Grüne BfS	Streichung der Maßnahme	Reduzierung im Bereich Agenda-Geschäftsstelle		0	0	0	0	0	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP											
M236	67	Verw.-vorschlag		Umsetzung von früheren Sparmaßnahmen	Realisierung eines k.w. Vermerkes im Stellenplan	0	0	81.000	81.000	81.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M237	67	Verw.-vorschlag		Optimierung Steuerungs- und Serviceprozesse	Durch den Wegfall von internen Abstimmungsprozessen und Abbau von Formular- und Vorgehensverfahren werden die sogenannten Overhead-Aufwendungen kontinuierlich verringert.	0	0	0	12.000	12.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M238	BSG	Verw.-vorschlag		Zuwendungen des Klinikums	300 TEUR (ab 2010) 200 TEUR zusätzlich (ab 2011)	300.000	500.000	500.000	500.000	500.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M239	BSG	Verw.-vorschlag		Zuwendungen der Altenzentren	100 TEUR (ab 2012), 200 TEUR (ab 2013)	0	0	100.000	200.000	200.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M240	BSG	Verw.-vorschlag		Fusionspotential Klinikum/Altenzentren	Klinikum/Altenzentren: Fusions-Potentiale; zusätzl. Abführung an Stadt ab 2011	0	200.000	200.000	200.000	300.000					1.497	77%	23%						
M240	BSG	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Fusionspotential Klinikum/Altenzentren		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, CDU, FDP											
M240	BSG	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Fusionspotential Klinikum/Altenzentren	neue Bezeichnung: Kooperationspotential Klinikum/Altenzentren	0	200.000	200.000	200.000	300.000	einstimmig angenommen		mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									
M240	BSG	FDP	Anpassung der Maßnahme	Fusionspotential Klinikum/Altenzentren	neue Bezeichnung: Kooperationspotential Klinikum / Altenzentrum  Die Fusion von Klinikum und Altenzentren kann konzeptionell nicht überzeugen und ist daher abzulehnen. Einsparpotentiale lassen sich aber ausdrücklich auch abseits einer Fusion in Form einer intensivierten Kooperation (z.B. Einkauf, Personal, etc.) realisieren.	0	200.000	200.000	200.000	300.000	s. Antrag SPD, B90/Grüne, BfS												
M241	BSG	Verw.-vorschlag		Strategie-Optimierungen beim DBSG	Bergische Kooperation: ab 100 TEUR ab 2013; <u>ergebnisorientierte Reinigung:</u> (1 Mio. in 10 Jahren = 30 Stellen) ab 2011 je 100 TEUR ansteigend, also 300 TEUR in 2013 (= 12 Stellen) usw. <u>optimierter Hausmeisterdienst mit "Bezirks-Hausmeister":</u> ab 2011 fünf Hausmeisterstellen (à 40 TEUR), ab 2012 weitere 10 Hausmeisterstellen (à 40 TEUR), davon gehen 130 TEUR als Potential in SD 24 <u>Optimierung der Mängel- und Reparaturbearbeitung:</u> zusätzlich 100 TEUR ab 2012 <u>Überprüfung der Rechtsform</u>	0	300.000	770.000	970.000	1.070.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv									

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SG-Aktiv und FBU)	Gegenstimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegenstimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag		
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)				
M242	BSG	Verw.-vorschlag		Strategie-Optimierungen beim TBSG	Fusion EBS und TBSG und Überprüfung der Rechtsform: Benefit ab 2013 jährlich 300 TEUR als städtischer Anteil (2/3 vom Ganzen, 1/3 in Gebühren lt Vorschlag EBS); bei voller Abführung der wirtschaftlichen Vorteile erhöht sich der Betrag auf 450 TEUR	0	0	0	450.000	450.000			mehrheitlich angenommen	SG-Aktiv										
M243	BSG	Verw.-vorschlag		Zuschuss-Senkung VHS (1)	Die Senkung des Zuschusses wird durch den Abbau von Leistungen und die Optimierung der Organisation erreicht. Die Vorschläge sind mit der Stadt Wuppertal abgestimmt.	0	15.000	185.000	185.000	250.000						1.560	36%	64%	267	76%	24%	X		
M243	BSG	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Zuschuss-Senkung VHS (1)		0	0	0	0	0	mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, CDU, FDP	abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)											
M243	BSG	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Zuschuss-Senkung VHS (1)	Die Maßnahmen, die zur Erfüllung dieser Position führen, werden im Ratsbeschluss zum Wirtschaftsplan definiert. U.a. soll die Bildungscheckberatung beibehalten und eine ausreichende Zahl pädagogischer Fachkräfte am Standort Solingen gesichert werden.  <u>Ergebnis der Beratung im Jugendhilfeausschuss:</u> a) Antrag auf Löschung der Maßnahme (Grüne) wird bei 2 Ja-Stimmen (Grüne/LINKE) mehrheitlich abgelehnt. b) Antrag der SPD auf Absenkung des Einsparziels um 60.000 EUR ab 2012 wird bei 5 Nein-Stimmen (CDU/LINKE) mehrheitlich beschlossen.	0	15.000	40.000	75.000	75.000	mehrheitlich angenommen	CDU	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP, SG-Aktiv, OB										
M243	BSG	FBU	Anpassung der Maßnahme	Zuschuss-Senkung VHS (1)		0	15.000	125.000	125.000	125.000	erledigt durch weitergehenden Antrag													
M244	BSG	Verw.-vorschlag		Zuschuss-Senkung VHS (2)	Durch die Beteiligung der Stadt Remscheid am Zweckverband "Bergische VHS" kann die Verbandsumlage für die Stadt Solingen weiter reduziert werden.	0	0	0	50.000	50.000			einstimmig angenommen			1.307	65%	35%	269	87%	13%			
M244	BSG	SG-Aktiv	Streichung der Maßnahme	Zuschuss-Senkung VHS (2)		0	0	0	0	0	einstimmig abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, FDP												
M245	BSG	Verw.-vorschlag		Optimierung der Gesellschaften rund um Wifö	Organisationsoptimierung Wirtschaftsförderung / Sanierungsgesellschaft / Gut / Bergisches Institut / IGOS	0	140.000	140.000	140.000	140.000														
M245	BSG	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Optimierung der Gesellschaften rund um Wifö		0	140.000	290.000	290.000	290.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP, OB										
M246	BSG	Verw.-vorschlag		Übergang Bäder in BSG-Gesellschaft	Durch die Gründung einer Bäder-Gesellschaft können bei der BSG steuerrechtliche Vorteile erzielt werden. Das dargestellte Potential berücksichtigt bereits die im Rahmen des HSK vorgesehenen Bäderschließungen.	500.000	500.000	400.000	300.000	300.000			einstimmig angenommen											
M247	BSG	Verw.-vorschlag		Steuroptimierung durch Bündelung verlustbringender Einrichtungen unter der BSG	Ziel ist die Verlagerung weiterer verlustbringender Einrichtungen unter dem Dach der BSG; erwartet wird hierdurch eine entsprechend erhöhte Steuerersparnis. Der Umfang dieser Verlagerung übersteigt derzeit die geplanten Jahresüberschüsse der BSG. Für einen begrenzten Zeitraum kann die Lücke durch Verwendung von Gewinnvorträgen geschlossen werden.	400.000	800.000	900.000	1.000.000	1.000.000														
M247	BSG	SPD B90/Grüne BfS	Anpassung der Maßnahme	Steuroptimierung durch Bündelung verlustbringender Einrichtungen unter der BSG	In Verbindung mit HSK 246: HSK 246 und HSK247 sollen in Summe neutral zum Verwaltungsvorschlag ein- und umgesetzt werden. Allerdings mit den Änderungen a) HSK 246 inklusive der Übertragung der Sportstätten, b) HSK 247 ohne Klingmuseum und Stadtbibliothek. Diese Änderung müsste durch die Verwaltung auch für die weiteren Beschlussvorträge berücksichtigt werden.	400.000	800.000	900.000	1.000.000	1.000.000	einstimmig angenommen		einstimmig angenommen											
M248	BSG	Verw.-vorschlag		Absenkung BSG-Zuführung aufgrund Löschwasservertrag	Die BSG-Gewinn-Zuführung an die Stadt muss aufgrund des neuen SWS-Löschwasservertrages (anteilig) abgesenkt werden; s. korrespondierende Maßnahme bei → Nr. 112 (SD 37)	-170.000	-170.000	-170.000	-170.000	-170.000			einstimmig angenommen											
neu01	SPD B90/Grüne BfS	neue Maßnahme		Reduktion der Kosten für Straßenlaternen durch den Einsatz energiesparender Technologien		0	0	0	100.000	100.000	einstimmig angenommen		einstimmig angenommen											
neu02	SPD B90/Grüne BfS	neue Maßnahme		Reduzierung des Leitungspersonals des Konzerns Stadt Solingen		0	0	40.000	80.000	80.000	mehrheitlich angenommen	CDU	einstimmig angenommen	CDU, FDP, OB										



HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SGAktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag		
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)				
neu03		SPD B90/Grüne BfS	neue Maßnahme	Energetische Sanierung, Energieeffizienz & Einsatz regenerativer Energien (Bürgerfond Solar etc.), Anlagencontracting, Teilnahme an Förderprogrammen im städtischen Gebäudebestand		0	0	0	0	250.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	einstimmig angenommen											
neu04		SPD B90/Grüne BfS	neue Maßnahme	Standardreduzierung beim Neubau von Straßen		0	15.000	30.000	50.000	50.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP, OB										
neu04		CDU FDP	Streichung der Maßnahme	Standardreduzierung beim Neubau von Straßen	Die Maßnahme ist nach dem Beschluss des Finanzausschusses vom 05.07.2010 neu in das HSK aufgenommen worden. Nach dem Vortrag der Verwaltung im FA werden aus dem städt. Etat keine Straßenneubauten finanziert. Die Maßnahme ist daher von vornherein auf ein unmögliches Ziel gerichtet und damit zu streichen.	0	0	0	0	0			abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)											
neu05		SPD B90/Grüne BfS	neue Maßnahme	Wegfall Planung Dickenbusch		0	10.000	60.000	203.000	306.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP, OB										
neu06		SPD B90/Grüne BfS	neue Maßnahme	Streichung der nicht besetzten Beigeordnetenstelle & dauerhafte Neuordnung der Verwaltungsressorts		150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP, OB									X	
neu06		CDU	Anpassung der Maßnahme	Streichung der nicht besetzten Beigeordnetenstelle & dauerhafte Neuordnung der Verwaltungsressorts	Die Maßnahme ist nach dem Beschluss des Finanzausschusses in das HSK aufgenommen worden. Aufgrund der seit Vakanz der Beigeordnetenstelle vertretungsbedingten arbeitsmäßigen Überlastung der übrigen Ressortleiter ist die Maßnahme nicht darstellbar. Zudem würde durch Realisierung der Maßnahme die Realisierung der Maßnahme M003 in Frage gestellt. Sie ist per Saldo nicht werthaltig. Daher ist sie zu streichen.	150.000	0	0	0	0			abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)											
neu07		SPD B90/Grüne BfS	neue Maßnahme	Optimierung Heizung etc. in städtischen Gebäuden/ Einführung einer Sommerzeit		0	50.000	50.000	50.000	50.000	einstimmig angenommen		einstimmig angenommen											
neu08		SPD B90/Grüne BfS	neue Maßnahme	Verkauf Gebäude Dunklenbergerstraße		0	0	27.000	27.000	27.000	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	einstimmig angenommen											
neu09		SPD B90/Grüne BfS	neue Maßnahme	Entschuldungshilfe	Als politisches Signal an das Land gegen die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen setzt wir eine Entschuldungshilfe auf die Einnahmen-Seite, die 2012 mit 15 Mio und 2013 mit 19 Mio Euro beziffert wird. Diese wird allerdings nicht mit Ausgaben saldiert/ gegengerechnet.  2012: 15 Mio. EUR 2013: 19 Mio. EUR						mehrheitlich angenommen	CDU, FDP	mehrheitlich angenommen	CDU, FDP, OB										
neu09		CDU FDP	Streichung der Maßnahme	Entschuldungshilfe	Die Maßnahme ist nach dem Beschluss des Finanzausschusses in das HSK aufgenommen worden. Die Maßnahme setzt, obgleich der Betrag nicht zur Ausfinanzierung des HSK dienen soll, Erwartungen an Willen und Leistungsfähigkeit des Landes voraus, die unrealistisch sind. Nach bisheriger Kenntnis ist von der neuen Minderheitsregierung eine NRWweite Tilgungsbeihilfe von 350 Mio. EUR geplant. Angesichts der Tatsache, dass Solingen weniger als 1% der Landesbevölkerung stellt und es zahlreiche Mitbewerber geben dürfte, ist ein derartiger Betrag schlichtweg Täuschung. Die Maßnahme ist nicht werthaltig. Daher ist sie zu streichen.								abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)											
neu		CDU	neue Maßnahme	Aufgabe Gebäude Haus Kirschheide (Standesamt) (gemäß S002)	1. Die Verwaltung wird aufgefordert, zu überprüfen, ob und ab wann die Erbringung der Dienstleistungen den im Haus Kirschheide ansässigen Dienststellen, insbesondere des Standesamtes, auch in den Räumlichkeiten von Schloss Burg - oder ersatzweise in den Räumen des Deutschen Klingensmuseums bzw. des Städtischen Kunstmuseums - erbracht werden können. 2. Im Falle des positiven Ausgangs der Prüfung wird die Stadtverwaltung mit dem Umzug und einer bestmöglichen Veräußerung des Hauses Kirschheide bis zum 31.12.2011 beauftragt.	0	0	45.000	45.000	45.000	mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BfS, LINKE, FDP												

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SGAktiv und FBU)	Gegensimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegensimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag		
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)				
neu		CDU zielgleich: FDP	neue Maßnahme	Wegfall Zuschuss Schullandheim (gemäß S008)	Das Angebot des über viele Jahre bewährten Schullandheimes entspricht heute nicht mehr in allen Belangen den Wünschen der Besucher. Zudem gibt es mittlerweile eine Vielzahl - auch preiswerter - Alternativangebote. In der Gesamtabwägung ist etwa der Erhalt des Heidebades gegenüber diesem Angebot vorrangig.	0	0	40.000	40.000	40.000	mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BFS, LINKE												
neu		FDP	neue Maßnahme	Übertragung Birkerbad ohne "Kauf von Wasserzeiten" (gemäß S010)	Der Kauf von Wasserzeiten ist nicht notwendig, wenn die Solinger Bäderlandschaft anderweitige Kapazitäten zur Verfügung stellen kann (u.a. durch den Erhalt des Bades Vogelsang).	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000	mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BFS, LINKE, CDU												
neu		FDP	neue Maßnahme	Temporäre Nichtbesetzung der vierten Dezernentenstelle	Die temporäre Nichtbesetzung der vierten Dezernentenstelle (weitere 12 Monate) spart Kosten und ermöglicht die kritische Überprüfung des bisherigen Zuschnittes des Verwaltungsvorstandes.	120.000	120.000	0	0	0	erledigt durch Beschluss über Antrag SPD, Grüne, BFS		abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)											
neu		FDP	neue Maßnahme	Erhalt von Spiel- und Grünflächen durch ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement	Durch eine Verstärkung des bürgerschaftlichen Engagements ist ein signifikanter Konsolidierungsbeitrag zu erzielen. Die vorbildliche Einbringung der Solinger Bürgerschaft ist an vielen Stellen bereits exemplarisch zu beobachten.	0	100.000	100.000	100.000	100.000	mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BFS, LINKE, CDU												
neu		FDP	neue Maßnahme	Aufgabe Zuschuss Waldschule (gemäß S007)	Die Aufgabe des Zuschusses für die Waldschule ist vertretbar, da die Summe des Zuschusses anderweitig kompensiert werden könnte.	0	60.000	60.000	60.000	60.000	mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BFS, LINKE, CDU												
neu		DIE LINKE	neue Maßnahme	Bis 2013 Beförderungstop für städtische Beamte ab Besoldungsgruppe A14	Bei den notwendigen Sparbemühungen der Stadt müssen auch städtische Beamte in Spitzenfunktionen einen zumutbaren Beitrag leisten. Das mögliche Einsparpotential muss durch die Verwaltung beziffert werden.						mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BFS, LINKE, CDU, FDP												
neu		DIE LINKE	neue Maßnahme	Gehälterabsenkung bei den Geschäftsführern der städtischen Gesellschaften	Mit den Geschäftsführern der städtischen Gesellschaften soll über eine zumutbare Absenkung der Gehälter verhandelt werden. Bei Vertragsverlängerungen oder Neuverträgen sind die bisher geltenden Konditionen mit dem Ziel von Kostensenkungen zu modifizieren.		40.000	40.000	40.000	40.000	mehrheitlich abgelehnt	SPD, B90/Grüne, BFS, LINKE, CDU, FDP												
neu		FBU	neue Maßnahme	keine Neubesetzung der vierten Dezernentenstelle	Diese Position ist mit ca. 200.000 € hinterlegt und kann zur Teilfinanzierung der Schwimmhalle Vogelsang herangezogen werden.	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	erledigt durch Beschluss über Antrag SPD, Grüne, BFS													
neu		FBU	neue Maßnahme	Optimierung Wirtschaftsförderung	Die Ergebnisse der Wirtschaftsförderung stehen seit Jahren im krassen Widerspruch zu den entstehenden Kosten und Erfolgen. Hier muss Personal reduziert werden und es sollte zu einer Kooperation mit unseren Nachbarn kommen.	0	250.000	250.000	500.000	500.000	einstimmig abgelehnt													
neu		SG-Aktiv	neue Maßnahme	Neufestlegung der Fraktionsfinanzierung ab 01.01.2011	Es entspricht dem Bürgerwillen (Bürgerbeteiligte Haushaltskonsolidierung), dass vor allem auch die Kosten für die "Politik" gesenkt werden. Auch mit geringerer Finanzausstattung ist eine verantwortungsvolle Wahrnehmung der Ratsarbeit (Fraktionsgeschäftsstelle...) möglich. Jede Fraktion, Gruppe oder Einzelmitglied erhält p. A. einen Sockelbetrag von 5.000 EUR als Grundausrüstung. Darüber hinaus erhalten Fraktionen und Ratsgruppen pro Ratsmandat einen Betrag von 2.000 EUR p. A.	0	249.400	249.400	249.400	249.400	einstimmig abgelehnt		abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)											

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SGAktiv und FBU)	Gegenstimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegenstimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	eingeflossener Bürgervorschlag			
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)					
neu		SG-Aktiv	neue Maßnahme	Keine Übernahme von Getränkekosten für Rats- und Ausschussmitglieder	Jedem Mitglied des Rates und der Ausschüsse der Stadt Solingen ist es zuzumuten, von seinem Sitzungsgeld in Höhe von ca. 17.00 € die während einer Sitzung verzehrten Getränke selbst zu bezahlen. Geht man von ca. 71 Ausschusssitzungen mit ca. 20 Mitgliedern und 8 Ratssitzungen mit 72 Mitgliedern aus, die für ca. 8 € Kaffee, Cola, Wasser, Saft usw. verzehren, ergibt dies eine Summe von ca. 34.400 €. Es ist nicht einzusehen, dass z. B. Zuschüsse für Sport und Kultur auf Kosten der Lebensqualität der Solinger Bürgerinnen und Bürger, insbesondere von Jugendlichen und Kindern, gekürzt werden, während im Stadtrat und den Ausschüssen Getränke gratis bereit gestellt werden.	17.200	34.400	34.400	34.400	34.400	mehrheitlich abgelehnt														
neu		SG-Aktiv	neue Maßnahme	kommunale Ausbildungs- und Arbeitsplätze	Vergabe eines Untersuchungsauftrages an geeignete Institute (z.B. an das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen unter Direktion von Prof. Gerhard Bosch, Professor für Soziologie), wie die Stadt Solingen durch neue Arbeitszeitmodelle v.a. in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben Ausbildungs- und Arbeitsplätze erhalten bzw. neue schaffen kann. Geprüft werden sollen a.) die Möglichkeiten der Einführung einer Arbeitszeitverkürzung bis hin zur 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die Besetzung von Stellen länger erkrankten Personals durch befristete Arbeitsverhältnisse. b.) Entwicklung eines städtisches Beschäftigungsprogramms für sozialversicherungspflichtige und tariflich eingestufte Beschäftigte für zahllose überfällige Arbeiten in der Stadt in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Soziales, Umwelt, Instandhaltung, Busbegleitung usw. c.) Möglichkeiten zu Schaffung weiterer Ausbildungsplätze bei der Stadt Solingen mit der Gegenfinanzierung durch Einsparung von Folgekosten der Arbeitslosigkeit Für das Gutachten sollen 150.000 Euro in den städtischen H		-150.000					mehrheitlich abgelehnt		SPD, B90/Grüne, BfS, CDU, FDP	abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)										
neu		SG-Aktiv	neue Maßnahme	Zins- und Schuldenmoratorium	Der Rat der Stadt Solingen beauftragt den Oberbürgermeister, 1. sich nach Kräften bei den zuständigen, überörtlichen Gremien für eine Altschuldenregelung und Möglichkeiten eines Zins- und Schuldenmoratoriums finanzschwacher Kommunen einzusetzen. Land und Bund sollen einen Teil der Altschulden übernehmen. Banken, denen die Schulden durch jahrelange hohe Zinszahlungen faktisch schon zurück bezahlt und die finanziell erheblich durch die öffentliche Hand gestärkt wurden, sollen zugunsten der Kommunen auf weitere Zinszahlungen bzw. Schuldendienst verzichten. 2. sich dazu mit möglichst vielen anderen Städten in vergleichbarer Lage zusammenschließen und bundesweite Initiativen für kommunale Hilfen zu unternehmen, sowie rechtliche Maßnahmen zu prüfen 3. im Finanzausschuss soll regelmäßig über das Schuldenmanagement informiert und dem Rat zeitnah über die Ergebnisse der Verhandlungen berichtet werden. 4. Der Rat der Stadt Solingen beauftragt den Oberbürgermeister bzw. das Finanzmanagement selbst in entsprechende Verhandlungen mit den Gläubigerbanken einzutreten Dem Rat soll eine Übersicht über die Gläubigerb							mehrheitlich abgelehnt		SPD, B90/Grüne, BfS, CDU, FDP	abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)										
neu		SG-Aktiv	neue Maßnahme	Kürzung Personalaufwendung auf der Leitungsebene	- Abbau von zwei der drei Geschäftsführerstellen bei der BSG mit einem Einsparvolumen von gut 200 000 € jährlich. - schnellstmögliche Umsetzung der Regel, dass jede städtische GmbH nur noch von einem Geschäftsführer geleitet wird – gesamtes Einsparvolumen ca. 500 000 € jährlich - Abbau weiterer überflüssiger Leitungsstellen durch eine vorbehaltlose Überprüfung "ohne Tabus" auch auf dieser Personalebene. - Keine pauschale Aussetzung der Stellenbewertung für Beamte nach dem derzeit gültigen System, sondern lediglich Aussetzung der Stellenbewertung der Beamten des gehobenen Dienstes.	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	einstimmig abgelehnt														
											Enthaltung: DIE LINKE														

HSK-Nr.	Org.-Nr.	Stand bzw. Antragsteller	Ziel des Änderungsantrages	HSK-Maßnahme (Bezeichnung lt. Verwaltungsvorschlag)	Kurzerläuterung zur Maßnahme bzw. Kurzbeschreibung für Maßnahmen des "Bürgerhaushaltes"	HSK-Ziel 2010 (EUR)	HSK-Ziel 2011 (EUR)	HSK-Ziel 2012 (EUR)	HSK-Ziel 2013 (EUR)	HSK-Ziel strukturell (EUR)	Votum Finanzausschuss (ohne SGAktiv und FBU)	Gegenstimmen	Votum Rat (08.07.2010)	Gegenstimmen	Bürgerbeteiligung (Internet)			Bürgerbeteiligung (Solinger Tageblatt)			Votum Rat abweichend vom Bürger-votum	einge-flossener Bürgervor-schlag
															Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)	Bewertungen gesamt	Pro (%)	Contra (%)		
neu		CDU FDP	Antrag im Rat	Antrag auf GesamtAbstimmung	Vor einer Abstimmung über Einzelmaßnahmen soll der Beschlussentwurf von Kämmerer und Oberbürgermeister mmit folgendem Tenor zur Abstimmung gestellt werden:  *Der Rat der Stadt Solingen stimmt dem von Kämmerer und Oberbürgermeister vorgelegten Haushaltssicherungskonzept zu.*								abgelehnt (Antrag im Rat neu gestellt)									
<b>Summe des vom Rat beschlossenen HSK (= Spalte "Votum Rat" enthält "angenommen")</b>						8.417.000	24.722.000	34.695.500	43.770.500	43.163.000												

**Legende:**

1. "grün" unterlegte Zellen sind Maßnahmen, die in der Bürgerbeteiligung (solingen-spart.de) zur Diskussion gestellt wurden
2. Die HSK-Maßnahmen des urspr. Verwaltungsvorschlages (eingebracht im Rat am 25.02.2010) sind in der Spalte "Stand" mit "Verwaltungsvorschlag" gekennzeichnet
3. Änderungsanträge sind mit blauer Schrift gekennzeichnet (die Spalte "Stand" enthält Angaben zum Antragsteller; in der Spalte "Antragsziel" ist die Antragsabsicht vermerkt)
4. In der Spalte "Votum FA" wurden lediglich die Finanzausschuss-Beschlüsse zu den gestellten Änderungsanträgen vermerkt. Wenn keine Anträge vorlagen, wurden die Verwaltungsvorschläge beschlossen
5. In der Spalte "Votum Rat" ist der abschließende HSK-Beschluss des Rates jeweils in der Zeile dokumentiert, die nach den Finanzausschuss-Beschlüssen den aktuellen Beschlussvorschlag enthält  
Änderungsanträge, die im Rat neu gestellt wurden sind in der Spalte "Votum Rat" mit "(Antrag im Rat neu gestellt)" gekennzeichnet